

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 32. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2016-2020)

Sitzungsdatum: 10. April 2019
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.30 Uhr

Präsenz
Einwohnerrat: Vorsitz Markus Gruber, Präsident Einwohnerrat
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin (entschuldigt)
Philippe Hofmann
Roman Klauser
Christoph Morat (entschuldigt)
Thomas Pfaff
Franz Vogt
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung
Rudolf Spinnler, Jurist

Anwesend: Philippe Adam, Mark Aellen, Andreas Bärtsch, Mehmet Can, Julia Gosteli,
Barbara Grange, Kathrin Gürtler, Markus Gruber, Matthias Häuptli, Roman
Hintermeister-Goop, René Imhof, Astrid Kaiser, Ueli Keller, Christian
Kellermann, Patrick Kneubühler, Ursula Krieger, Andreas Lavicka, Jérôme
Mollat, Niklaus Morat, Urs Pozivil, Alfred Rellstab, Evelyne Roth, Christoph
Ruckstuhl, Melina Schellenberg, Claudia Sigel, Florian Spiegel, Beatrice
Stierli, Christian Stocker Arnet, Flavia Tschan, Pascale Uccella, Henry Vogt,
Semra Wagner, Jörg Waldner, Etienne Winter, Jean-Jacques Winter, Simon
Zimmermann

Entschuldigt: Rolf Adam, Lukas Hess, Manfred Jutzi, Martin Münch

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 35 Anwesende = 24
18.20 Uhr 36 Anwesende = 24
21.05 Uhr 34 Anwesende = 23

Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates vom 16.01.2019, sowie der Bericht
der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 25.02.2019,
betreffend **Sondervorlage: Anpassung des Reglements über die
Gemeindebeiträge an die schulergänzenden Betreuungsangebote
der Gemeinde Allschwil vom 27. Oktober 2010**, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt

Geschäft 4428 / A

2. Bericht des Gemeinderates vom 20.03.2019, zum Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 16.01.2018, betreffend **Tagesferien (auch in Allschwil)**
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4371 / A
3. Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.02.2019, betreffend **Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4443
4. Motion von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 20.01.2019, betreffend **Überarbeitung Alterskonzept Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme nach Umwandlung in ein Postulat
Geschäftsvertretung: GR Roman Klausner Geschäft 4436
5. Postulat von Christian Stocker Arnet und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Priorisierung des Schulweg- und Sicherheitskonzeptes**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4387
6. Postulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Erstellung der Schulweg- und Sicherheitskonzepte**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4390
7. Postulat von Simon Maurer, Melina Schellenberg und Mehmet Can, SP-Fraktion, vom 26.06.2018, betreffend **Strategie Glasfaser-Erschliessung Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4403
8. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Bettenackerareal**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4388
9. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend **Zwischennutzung Brache Bettenackerareal**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4389
10. Postulat von Simon Maurer und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 16.05.2018, betreffend **Prüfung einer Gemeindemediathek in der Villa Guggenheim**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4396
11. Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 12.06.2018, betreffend **Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Spielplatzstrategie**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4400
12. Postulat von Philippe Adam, Rolf Adam, Christian Kellermann, Evelyne Roth, Beatrice Stierli und Andreas Widmer, CVP-Fraktion, vom 18.09.2018, betreffend **Öffentliche Ladestationen für Elektroautos in der Gemeinde Allschwil**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4411
13. Motion von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 15.01.2019, betreffend **Frühförderung**
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4434

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
 - FRAGESTUNDE
-

Für das Protokoll:

Jörg Bertsch / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 31 vom 10. April 2019

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des
Einwohnerrates Allschwil**

Markus Gruber

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

[Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

Markus Gruber, Präsident: Ich begrüsse alle ganz herzlich zur April-Einwohnerratssitzung. Ich komme zu den Mitteilungen. Zuerst möchte ich unseren Einwohnerräten, die neu in den Landrat gewählt wurden, ganz herzlich gratulieren. Das sind Frau Julia Gosteli, Herr Etienne Winter und Herr Florian Spiegel. Ich wünsche euch viel Erfolg im Landrat. Dann komme ich zum Ablauf der heutigen Sitzung. Wie Sie gesehen haben, tagen wir heute bis maximal 22:00 Uhr. Wir werden versuchen, die Traktandenliste abzubauen, mindestens bis zum Traktandum 9, besser sogar noch etwas weiter. Die Sitzung wird aber spätestens um 22:00 Uhr fertig sein.

Mir liegt ein dringliches Postulat vor, Geschäft 4450, Sicherheit Schulweg Neuallschwil von Henry Vogt, SVP-Fraktion.

Franz Vogt, Gemenderat: Wenn es dem Rat beliebt, würde ich die Fragen gern beantworten nach der Pause. Es tagte heute Morgen eine politische Begleitkommission mit dem Kanton, in der diese Angelegenheit besprochen wurde. Es gibt dazu neue Informationen.

Markus Gruber, Präsident: Ich übergebe das Wort dem Postulanten Henry Vogt zur Frage der Dringlichkeit.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Es handelt sich nicht um eine Frage für die Fragestunde, sondern ich stelle ein dringliches Postulat. Die Dringlichkeit ist grundsätzlich durch die Aktualität gegeben. Ich möchte euch nur kurz das letzte Teilstück des Schulwegs zeigen, mit oder ohne Begleitperson. *[Präsentation wird gezeigt]* Wenn ihr auf Bild 1 schaut, seht ihr das Tram, links die rot-weisse Absperrung. Eigentlich steht

dort eine Familie mit einem Kinderwagen vor dem Tram, das dort gerade vorbeifährt. In den Stosszeiten, d. h. wenn die Schüler aus Neuallschwil Schulanfang oder Schulschluss haben, bewegen sich teilweise Dutzende von Kindern zwischen dem Tram und der Absperrung hindurch, teilweise mit, teilweise auch ohne gelbe Westen. Bild 2 zeigt den Weg, den sie dann nehmen müssen, links herum auf das Mäuerchen hinauf und dann nach hinten. Das sind die Zustände, die wir im Moment in Neuallschwil haben. Dementsprechend reicht mir eine Beantwortung der Fragen, ob mit Begleitkommission oder ohne, nicht, es muss etwas gemacht werden.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Dringlichkeit ja oder nein? Dringlich ist, was dort an der Baslerstrasse passiert, das ist richtig. Dringlichkeit als Postulat finde ich schlecht, denn man muss jetzt etwas machen. Es nützt uns nichts, wenn jetzt geprüft und berichtet wird. Die Situation an der Baslerstrasse ist für Kinder sehr, sehr gefährlich, da muss ich Henry Vogt Recht geben. Da kommen Kinder auch von anderen Schulhäusern zum Turnen, es kommen Kindergärtler, die dort zum Turnen gehen. Es ist lebensgefährlich. Allgemein ist die ganze Baslerstrasse sowieso ein wenig eine Farce. Man hat einmal gesagt, dass man die Baslerstrasse saniert, indem man zuerst die eine und dann die andere Seite erledigt. Jetzt aber haben wir auf beiden Seiten nur noch Löcher.

Markus Gruber, Präsident: Sprechen Sie zur Dringlichkeit bitte.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Zur Dringlichkeit muss ich einfach sagen: Ich wäre froh, wenn die Gemeinde jetzt dringlich etwas machen würde. Ich weiss nicht, ob wir ein dringliches Postulat brauchen. Die Gemeinde soll jetzt sofort etwas tun.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Zur Vervollständigung: Der Antrag ist gemäss Art. 44 Abs. 2b Geschäftsreglement. Damit kann ich den Gemeinderat einladen, seinen Kompetenzbereich zu nutzen und etwas sofort zu unternehmen. Darum ist es ein dringliches Postulat.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne Fraktion: Für mich ist das Postulat nicht nur dringlich, sondern superdringlich; aber diese Kategorie gibt es nicht. Was mich enttäuscht, das muss ich einfach sagen, ist, dass der Gemeinderat hier nicht präsent und aufmerksam ist und dass er nicht gehandelt hat, bevor jetzt ein Postulat gemacht wurde.

Markus Gruber, Präsident: Somit kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Es ist ein 2/3-Mehr notwendig.

://:

Der Dringlichkeit des Postulats Gesch.-Nr. 4450 wird einstimmig zugestimmt.

Markus Gruber, Präsident: Somit wird nach der Pause über die Überweisung des Postulats diskutiert und abgestimmt.

Mir liegt noch eine dringliche Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vor, ohne Titel. Ich übergebe das Wort dem Motionär.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Diese dringliche Motion haben wir erst heute Nachmittag geschrieben, und zwar im Zusammenhang mit den Wahlplakaten für die nächste Abstimmung und dem wieder unsäglichen Termin für die Einreichung der Plakate. Aufgrund von Rückmeldungen auch aus anderen Parteien, die immer wieder ähnliche Probleme haben, ist es uns ein Anliegen, in dieser Sache bis Ende Jahr eine Regelung zu finden, die es den Parteien ermöglicht, so zu plakätieren, wie es sein soll. Mit dem aktuellen Vertrag, den wir noch bis Ende Jahr haben, ist es ja den Parteien regelmässig nicht möglich, ihre Unterlagen fristgerecht einzugeben. Aus diesem Grund, und weil ja im Herbst auch die nationalen Wahlen kommen, möchten wir gerne eine Ausnahmeregelung finden zusammen mit dem Gemeinderat, der ja laut Reglement die Kompetenz hat. Und da der Mai schon bald vor der Haustüre steht, möchten wir das gerne als dringlich eingeben, damit wir heute Abend noch darüber befinden können, ob dies von den Parteien mehrheitlich gewünscht ist oder nicht.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Mit einer Motion erwartet man einen Bericht des Gemeinderats zu einer Änderung. Das heisst, die Änderung müssen wir trotzdem selber machen. Wenn wir das jetzt als dringlich durchwinken, dann hat der Gemeinderat ein halbes Jahr Zeit, um es zu beantworten und einen Vorschlag auszuarbeiten, wie man das ändern könnte. Dann erst kann der Einwohnerrat das Reglement ändern. Das heisst, es ist zeitlich gar nicht möglich, das Ziel zu erreichen. Die Motion schießt am Ziel vorbei.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Der Problematik bin ich mir natürlich bewusst. Wir haben die Motion und nicht das Postulat gewählt, damit der Gemeinderat beauftragt wird. Er wird aber nicht damit beauftragt, das Reglement anzupassen, sondern nur damit, den § 10 zu nutzen und eine Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Dafür muss er keinen Bericht erstellen, sondern es handelt sich um eine Aufforderung zur Umsetzung. Ein anderes Instrument haben wir laut Geschäftsreglement nicht. Weder das Verfahrenspostulat noch das normale Postulat noch die kleine Anfrage noch die Interpellation oder die Resolution sind das richtige Mittel. So bleibt nur die Motion, und sie zielt, um das noch einmal zu sagen, nicht auf eine Abänderung des Reglements.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne Fraktion: Wir haben diese Angelegenheit schon ausgiebig diskutiert. Und wenn ich mich richtig erinnere, ist quasi ein informeller Beschluss gefallen, dass die Parteien das untereinander anschauen und versuchen, es auf einem guten Weg zu bringen. Das wäre eigentlich dringlich gewesen.

Markus Gruber, Präsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit der Motion. Es ist ein 2/3-Mehr notwendig.

://:

Die Dringlichkeit der Motion von Florian Spiegel wird mit 11 Ja zu 13 Nein bei 9 Enthaltungen abgelehnt.

Markus Gruber, Präsident: Mir liegen keine weiteren dringlichen Vorstösse mehr vor. Es sind folgende neue Vorstösse eingegangen: Geschäft 4451, Postulat «Keine Gebühren für Allschwiler Vereine» von Ueli Keller, Grüne; Geschäft 4452, «Verkehrssicherheit überall und für alle», von Ueli Keller, Grüne; Geschäft 4453, Postulat «Beiträge Lärmschutzmassnahmen», von Julia Gosteli, Grüne.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe eine Frage an das Büro. Ihr seid die Leitstelle des Rats oder die Schaltstelle für die Öffentlichkeit. Wir alle haben einen Brief bekommen von einem Herrn Sales Koch aus Neuallschwil. Meine Frage an das Büro ist: Was habt ihr, in eurer Funktion als Fenster für die Öffentlichkeit, als Reaktion auf dieses Schreiben vorgesehen, das wir alle zusammen bekommen haben. Wie wollt ihr vorgehen?

Markus Gruber, Präsident: Ich habe das heute Morgen in einer Sitzung mit Rudolf Spinnler besprochen. Das Büro wird eine Antwort verfassen. Aber natürlich kann die betreffende Person jeden von euch direkt kontaktieren. Das Schreiben ist ja an alle Einwohnerräte gegangen. Aber wir werden eine offizielle Antwort verfassen.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Ich stelle fest, dass diese rechtzeitig zugestellt wurde, und frage den Rat an, ob es Änderungswünsche zur Traktandenliste gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Traktandenliste in der vorliegenden Form genehmigt ist.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 1

Bericht des Gemeinderates vom 16.01.2019, sowie der Bericht der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales, vom 25.02.2019, betreffend Sondervorlage: Anpassung des Reglements über die Gemeindebeiträge an die schulergänzenden Betreuungsangebote der Gemeinde Allschwil vom 27. Oktober 2010, 2. Lesung
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4428 / A

Markus Gruber, Präsident: Ich frage den Rat an, ob es neue Aspekte gibt.

Henry Vogt, Präsident der Kommission für Bildung, Kultur, Gesundheit und Soziales (KBKGS): Die Kommission würde zur Vervollständigung gerne eine Begrifflichkeit klären. In § 3, Beitragsberechnung, ändern wir ja den Ausdruck «Primarschule» in «Schulergänzende Tagestrukturen». Nun kam die Frage

auf, was dieser Begriff bei uns in Allschwil eigentlich heisst. Das möchten wir kurz definieren, damit alle auf dem gleichen Stand sind. «Schulergänzende Tagesstrukturen» ist der Oberbegriff für sämtliche Betreuungsangebote für Kinder im Schulalter. Dazu gehören konkret die Tageskindergärten von Allschwil, die schulische Tagesstruktur, zum Beispiel hier der Gartenhof, und der Mittagstisch.

Ergänzend, wie in der ersten Lesung erwähnt, finden wir den Grobzeitplan immer noch sehr sportlich. Aber wir haben unterdessen mit Gemeinderat Robert Vogt bereits angesprochen, dass die Kommission bei diesem Prozess im Fahrwasser mitgleiten will, denn nur wenn wir einbezogen werden, können wir unseren Denkprozess vervollständigen und die gewünschten Termine allenfalls auch einhalten.

Zum Schluss: Die KBKGS empfiehlt, allen drei Anträgen des Gemeinderats zu folgen.

Markus Gruber, Präsident: Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Somit kommen wir zur zweiten Lesung des Reglements.

2. Lesung des Reglements

Christan Kellermann, 2. Vizepräsident, ruft die einzelnen Paragraphen auf.

§ 1 Zweck

keine Wortmeldung

§ 2 Geltungsbereich

keine Wortmeldung

§ 3 Beitragsberechnung

keine Wortmeldung

§ 4 Massgebendes Einkommen

keine Wortmeldung

§ 5 Änderung der Familien- und Einkommensverhältnisse

keine Wortmeldung

§ 6 Rabatt bei mehreren Kindern

keine Wortmeldung

§ 7 Subventionsschlüssel

keine Wortmeldung

§ 8 Härtefälle

keine Wortmeldung

§ 9 Abrechnung

keine Wortmeldung

§ 10 Verfahren

keine Wortmeldung

§ 11 Rechtsmittel

keine Wortmeldung

§ 12 Aufhebung bisherigen Rechts

keine Wortmeldung

§ 13 Inkrafttreten

keine Wortmeldung

Abstimmung

Markus Gruber, Präsident: Ich stelle fest, dass somit die Beratungen über das Geschäft 4428 A abgeschlossen sind und dass die zweite Lesung des Reglements ebenfalls abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats, Seite 7.

Anträge des Gemeinderats

1. Der Einwohnerrat beschliesst per 1. August 2019 folgende Änderung von § 1 Zweck «Dieses Reglement regelt die finanziellen Beiträge der Gemeinde Allschwil an die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten, welche die schulergänzenden Betreuungsangebote der Primarstufe Allschwil in Anspruch nehmen.»

:::

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Der Einwohnerrat beschliesst per 1. August 2019 folgende Änderung von § 3 Beitragsberechnung, Abs. 2 «Zur Berechnung des Beitrages an die Betreuungsangebote werden alle Kinder berücksichtigt, welche ein Angebot der Schulergänzenden Tagesstrukturen besuchen, im gleichen Haushalt wohnen und vom massgebenden Einkommen gemäss § 4 abhängig sind.»

:::

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Der Einwohnerrat nimmt die Ausführungen zum Vorgehen und Grobzeitplan betreffend Revision SeTs- und FEB-Reglement zur Kenntnis.

:::

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt bei 1 Enthaltung.

Schlussabstimmung

:::

Das Geschäft 4428 AA wird einstimmig als Ganzes abgeschlossen.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 20.03.2019, zum Postulat von Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, vom 16.01.2018, betreffend Tagesferien (auch in Allschwil)
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4371 / A

Robert Vogt, Gemeinderat: Auf das Postulat hat der Gemeinderat geantwortet, indem er drei Themen beleuchtete. Er hat erstens eine Bedarfsabklärung bei den Eltern gemacht, er hat zum Zweiten eine Abklärung über das bestehende Angebot in Allschwil gemacht; und als Drittes hat er das Vorgehen zur Sicherstellung der bedarfsgerechten Angebote geklärt. Der Gemeinderat ist zum Schluss gekommen, dass schon ein sehr grosses Angebot vorhanden ist, das einen grossen Teil der Ferien abdeckt, sodass er der Überzeugung ist, dass die Privaten sehr schnell darauf reagieren könnten, falls Mehrbedarf gefordert wäre. In diesem Sinne bitte ich Sie, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne Fraktion: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats und darf feststellen, dass jetzt ein wenig die Sonne aufgegangen ist. Bei den Spielgruppen war dunkle Nacht. Da hat der Gemeinderat auch festgestellt, dass ein grosser Bedarf besteht, und dass es ganz gut wäre, wenn er Spielgruppen fördern würde; aber der Gemeinderat hat gesagt, da tun wir nichts. Jetzt sagte auch wieder, der Bedarf ist gegeben (was übrigens, in Klammern gesagt, auch schon zweimal Gegenstand in der Fragestunde war; der Bedarf wurde immer als gegeben taxiert), und es gibt Angebote, die man nutzen kann, und man wolle sich auf den Weg machen, diese besser zu koordinieren. Es ist nötig, dass es hier auch ein Management seitens der Gemeinde gibt, damit die verschiedenen Angebote gut genutzt werden können, sich untereinander vernetzen usw. usf. Was mir noch fehlt, sind zwei Dinge. Das eine ist das Preisschild. Der Gemeinderat sagt nichts darüber aus, was sich bezüglich der Kosten, die den Eltern entstehen, ergeben hat, und was er für Vorstellungen hinsichtlich des Rahmens hat. Die Preise, die die Eltern bezahlen müssen, sind bei der Tagesbetreuung allgemein, nicht nur bei den Tagesferien, das A und O. Wenn es zu teuer ist, dann nutzen die Eltern, die nicht so viel verdienen, die Angebote nicht, weil sie es nicht bezahlen können. Wenn es zu teuer ist, nutzen es aber auch die Eltern nicht, die viel Geld haben, weil sie dann lieber eine private Lösung suchen. Also diese Informationen hinsichtlich der Preise fehlen mir sowohl in der Bestandesaufnahme wie auch bezüglich des Rahmens, den der Gemeinderat abstecken möchte. Nun kann der Gemeinderat natürlich sagen: Wir haben ja geschrieben, das alles wird erarbeitet. Im Zusammenhang mit der Überarbeitung des FEB-Reglements (Tagesferien sind ja eines der familienergänzenden Betreuungsangebote) werden wir das tun. Hm. Was soll ich jetzt sagen: Die Hoffnung stirbt zuerst? Das wäre die negative Version. Ich bin für die positive Version und sage: Hoffen wir weiter. In diesem Sinne bin ich nicht optimal zufrieden. Aber – ja.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Die SP verdankt den Bericht zu diesem doch wichtigen Thema. Wir sehen das auch mit einem etwas kritischen Blick. Im Bericht ist ja auch Handlungsbedarf aufgezeigt. Das ist vom geschäftsvertretenden Gemeinderat jetzt nicht so gesagt worden, der ja der Meinung ist, man sehe ja, dass ein tolles Angebot herrsche. Zuerst einmal zu Abklärung des Bedarfs: Da hat man ja offenbar eine Umfrage gemacht, und wenn ich es richtig verstanden habe, hat man diese Umfrage bei den Eltern gemacht, die ihre Kinder in den schulergänzenden Tagesstrukturen haben. Das heisst, man hat die Umfrage gemacht bei den Eltern, bei welchen sechs Wochen Ferien schon einmal abgedeckt sind. Ob sich daraus ein repräsentatives Meinungsbild ergibt, möchte ich infrage stellen. Wir haben ja ganz viele arbeitende Eltern, die die Situation anders lösen. Diese sind hier nicht berücksichtigt und haben keinen Zugang zu den sechs Wochen, die abgedeckt werden, wenn man das Kind in einer schulergänzenden Tagesstruktur hat. Hier also ein grosses Fragezeichen hinter der Repräsentativität dieser Umfrage. Dann möchte ich auch darauf hinweisen, dass aus dieser Umfrage ja hervorgeht, dass die Befragten nicht einfach glücklich sind. Es sind immerhin 14 %, die sich eigentlich eine Betreuungslösung für alle Ferienwochen wünschen würden. Und dann gibt es, jeweils absteigend, solche, die einfach gern ein bisschen mehr als die sechs Wochen hätten. So viel dazu. Man muss ganz klar sehen: Ein Betreuungsangebot, das nur sechs Wochen abdeckt, schränkt eine Familie in ihrer Planung sehr ein, und es haben nicht alle Zugang dazu. Nur wenn wir Ferienangebote hätten, bei welchen man wirklich alle Ferienwochen wählen könnte, hätte eine Familie eine gewisse Flexibilität. Es ist ja schon schwierig genug, je nach Betrieb, sich während der Schulferien zu organisieren. Dann ist ja aus anderen Debatten bekannt, dass die günstige Ferienbetreuung im Freizeithaus mehr als ausgelastet ist, will heissen, es erhalten dort nicht alle Kinder einen Platz, auch wenn die Eltern sie angemeldet haben. Wir haben in dem Bericht aufgelistet gesehen, dass es ja auch noch andere Angebote gibt. Als ich das durchlas, sah ich unter anderem «Pfadi». Pfadi gehört zu den schul- und familienergänzenden Betreuungsangeboten?

Meine Kinder sind auch in der Pfadi, und das ist ja tatsächlich eine Möglichkeit, wenn die in die Ferien gehen; aber meine Kinder gehen aus ganz anderen Gründen in die Pfadi. Bei der Pfadi ist man, weil man dort auch sonst seine Freizeit mit Freunden verbringt. Und auf die Sommerlager bereiten sie sich lang im Voraus vor. Sie basteln Kostüme, bereiten sich auf ein Thema vor, sie machen Tests und lernen, wie man ein Zelt aufbaut usw. Das sind alles Sachen, die sie über das ganze Jahr hinweg machen. Wenn man da ein Kind einfach so dazuschickt – ich weiss nicht. Ich weiss nicht, ob die Pfadi weiss, dass sie hier aufgelistet ist unter den familienergänzenden Betreuungsangeboten für berufstätige Eltern. Ich finde das sehr fragwürdig. Dann zu weiteren Angeboten: Ich habe einmal eines getestet mit meinem Kind, ein Sportcenter, ich sage jetzt nicht, welches. Das war nicht schlecht, aber man muss wissen: Die Betreuung war von 10.00 bis 15.00 Uhr, also fünf Stunden. Mein Arbeitstag ist damit nicht abgedeckt. Fünf Tage kosteten CHF 280. Zum z'Mittag gab es Pizza und Chicken Nuggets. Mein Sohn fand es super, aber ich nicht. Das sind einfach Sachen, die man dazu wissen muss. Von dem her sind wir von der SP der Meinung, dass dieser Bericht eines aufzeigt, nämlich einen akuten Handlungsbedarf. Und auch da muss ich, wie schon mein Vorredner Ueli Keller, sagen: Das FEB-Reglement soll offenbar ganz viel lösen hier in Allschwil. Hoffen wir, dass es so kommt.

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Ich kann mich mehrheitlich der Vorrednerin anschliessen. Was ich noch dazu sagen möchte: Es wäre schön, wenn diese Betreuungsangebote irgendwo auf der Website zu finden wären und/oder dass die Gemeindeangestellten wissen, welche Angebote es gibt. Ich habe während einer Woche probiert, mich durchzufragen, und da haben nicht einmal die Leute auf der Gemeinde gewusst, wo diese Liste zu finden ist und wer was macht.

Astrid Kaiser, FDP-Fraktion: Ich bin der Meinung, dass man die bestehenden Angebote auf unserer Gemeinde-App publizieren sollte.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne Fraktion: Ich möchte gern kurz die Gelegenheit nützen, um etwas zum Bedarf zu sagen, weil hier drin vielleicht nicht nur Eltern mit Kindern sind, die Betreuungsbedarf haben, oder weil es vielleicht einfach Personen hat, die das Problem gar nicht kennen. Ich war in Basel-Stadt zuständig gewesen für den Aufbau der Tagesstrukturen und der Tagesschulen. Dort habe ich gemerkt, das grosse Betreuungsproblem besteht nicht während der Schulzeit. Da haben sich die Eltern organisiert und brauchen zum Teil keine Betreuungsangebote oder nur ausschnittweise, weil sie Teilzeit arbeiten. Das grosse Problem ist tatsächlich die Ferienzeit. Wir haben ja damals in Basel-Stadt Tagesferien eingeführt für 2'500 Kinder. Das ist eine rechte Herausforderung. Aber es war auch nötig. Und wenn ich jetzt den Vorrednern zugehört habe, dann habe ich das Gefühl, sie haben es gecheckt. Aber ich bin nicht sicher, dass die Verwaltung und der Gemeinderat und auch andere Personen verstehen, wie nötig es ist, dass man in der Ferienzeit verlässliche, qualitativ gute, bezahlbare Betreuungsangebote hat.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist so, dass der Gemeinderat gesagt hat, dass er selbstverständlich die Koordination der bestehenden Angebote publik machen möchte. Diesbezüglich sehen wir ganz bestimmt eine Verantwortung, und wir werden – Dankeschön an Ueli Keller – die Chance selbstverständlich nutzen und wir werden auch versuchen, wie es Frau Kaiser erwähnt hat, dies auf unsere App auszuschalten. Im Weiteren hab mir auch gesagt, dass wir mit den weiteren FEB-Angeboten prüfen wollen, was für eigene Angebote wir kreieren. Was ich aber auf keinen Fall möchte, ist, dies jetzt vorwegzunehmen. Ich kann Ihnen versichern, es wird sicher ab jetzt besser werden. Aber wie gut, das werden wir erst später beobachten können.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Der eigentliche Handlungsauftrag eines Postulats steht ja im Antrag. Und dort steht ganz klar, der Gemeinderat muss sicherstellen, dass der Bedarf gedeckt ist, oder dass es das Angebot «gibt». Und bei der Beantwortung muss es das ja eigentlich auch haben. Es geht nicht darum dafür zu sorgen, dass es das Angebot in Zukunft geben wird, sondern «es gibt» bezeichnet einen Ist-Zustand. Aber das ist ja heute nicht der Fall. Was ich noch gefunden habe: Im Geschäftsbericht 2015 steht bei den Tageslagern, die die Gemeinde ja selber anbietet, dass rund 90 % immer schon vorher ausgebucht sind. Im Geschäftsbericht 2016 steht: «Die angebotenen Tageslager waren im Jahr 2016 vollständig ausgebucht.» Die GPK hat dort nachgefragt, wie man das verstehen muss, und erhielt als Antwort: «An 14 Tagen konnten je 18 Kinder betreut werden. Aufgrund der zahlreichen Anmeldungen konnten elf leider an Tageslagern teilnehmen.» Im Geschäftsbericht vom letzten Jahr steht: «Die Ferienangebote, insbesondere die Tageslager in den Sommerferien, stiessen auf reges Interesse.» Der Gemeinderat weiss also selber, dass er hier an der Kapazitätsgrenze leidet oder ist. Aber das sehe ich in diesem Bericht nirgends. Vorhin hiess es erstens, zweitens, drittens. Man hat angeschaut erstens was der Bedarf ist, zweitens was das Angebot ist, aber vom «drittens» lese ich hier herzlich wenig. Ich weiss hier drin nicht wirklich, ausser den kurzfristigen, will man, a) was jetzt Patrick Kneubühler angesprochen hat, dass man eine Gesamtübersicht erarbeiten würde, und dass man es b) koordiniert. Aber wie man das mittelfristig, steht nur, man schaut es im FEB-Reglement an. Aber das war nicht der Antrag dieses

Postulats. Darum sage ich, resp. die SP-Fraktion, wir würden das eigentlich gern stehen lassen, bis wir auch wissen, dass es das «gibt».

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich kann meinen Vorrednerinnen und Vorrednern Dankeschön sagen. Ich finde, es sind ganz tolle Voten gefallen. Es ist es einfach so. Wenn man das Postulat stehen lassen würde, dann wäre das ein Ausdruck dessen, dass man dem nicht ganz traut und dass der Gemeinderat nochmals über die Bücher gehen soll. Wenn man es nicht stehen lässt, hätten wir als Einwohnerrat die Möglichkeit, weitere Vorstösse einzureichen. Wenn man es stehen lässt, ist es ein laufendes Geschäft und uns sind die Hände gebunden. Wir trauen der Sache so nicht ganz und möchten das einfach zu bedenken geben.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Zum zweiten, dann ist es fertig. Das stimmt nicht ganz. Man darf zu laufenden Geschäften kein weiteres Geschäft eingeben. Also wenn ich ein hängendes Postulat habe, kann ich nicht zu diesem hängenden Postulat eine Motion schreiben oder ebenfalls ein Postulat. Aber wenn jemand zum Thema drin hat von Schulwegsicherheit, dann kann auch jede andere Partei oder Fraktion natürlich auch einen weiteren Vorstoss zum Thema Schulwegsicherheit eingeben.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage den Rat an, ob zusätzlich artikel- oder abschnittsweise Beratung des Berichts gewünscht wird. Das ist nicht der Fall. Somit stelle ich fest, dass die Beratung über das Geschäft 4371 A abgeschlossen ist. Wir kommen zu den Anträgen des Gemeinderats auf Seite 6.

Abstimmung

Antrag des Gemeinderats

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

1. Das Postulat No. 4371 betreffend Tagesferien (auch in Allschwil) wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Der Abschreibung des Postulats wird mit 18 Ja zu 13 Nein bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

Schlussabstimmung

://:

Das Geschäft 4371A wird mit 23 Ja zu 12 Nein als Ganzes abgeschlossen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 3

Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.02.2019, betreffend Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» - bleiben wir dran?

Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4443

Markus Gruber, Präsident: Die Geschäftsvertretung hat Gemeinderat Christoph Morat, heute vertreten durch Gemeinderat Robert Vogt. Ich frage zuerst den Antragsteller an, ob er das Wort wünscht oder ob zuerst der Gemeinderat sich äussern soll.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Entschuldigung, wenn ich jetzt gerade etwas verwirrt bin. Aber ist es nicht generell so, dass, wenn der Gemeinderat ein Postulat entgegennehmen will, erst dann eine Diskussion stattfindet, wenn ein Gegenantrag auf Nichtüberweisung gestellt wird?

Markus Gruber, Präsident: Sie wünschen also das Wort nicht, wenn ich Sie richtig verstehe. Ich frage den Rat an, ob es einen Gegenantrag gibt. – Das ist nicht der Fall. Somit ist das Postulat überwiesen.

://:

Das Postulat von Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 18.02.2019, betreffend Allschwiler Kulturwoche ein «grosser Erfolg» – bleiben wir dran?, Geschäft 4443, ist überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Motion von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 20.01.2019, betreffend Überarbeitung Alterskonzept Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme nach Umwandlung in ein Postulat
Geschäftsvertretung: GR Roman Klauser, Geschäft 4436

Markus Gruber, Präsident: Ich frage zuerst den Antragsteller an, ob er das Wort wünscht. – Das ist nicht der Fall. Ich frage Gemeinderat Roman Klauser an, ob er das Wort wünscht. – Das ist auch nicht der Fall. Liegt ein Gegenantrag vor? – Auch das ist nicht der Fall. Somit ist das Postulat überwiesen.

://:

Das Postulat von Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion, vom 20.01.2019, betreffend Überarbeitung Alterskonzept Allschwil Geschäft 4443, Geschäft 4436, ist überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Postulat von Christian Stocker Arnet und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend Priorisierung des Schulweg- und Sicherheitskonzeptes
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4387

Markus Gruber, Präsident: Ich frage zuerst den Antragsteller an, ob er das Wort wünscht.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich mache es kurz. Wir ziehen das Postulat zurück. Wie man in der Begründung lesen konnte, ging das Ganze auf einen Vorstoss von Pascale Uccella zurück, der hier zu einer längeren Debatte führte. Die SVP-Fraktion sagte damals, sie ziehe ihren Vorstoss zurück und werde einen neuen bringen. Das war ja jetzt auch der Fall. Aus diesem Grund und weil der Vorstoss, der nachfolgend behandelt wird, etwas breiter ist, jedoch unsere Gedanken mitumfasst, unterstützen wir jenen Vorstoss der SVP.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 6

Postulat von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend Erstellung der Schulweg- und Sicherheitskonzepte
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann, Geschäft 4390

Markus Gruber, Präsident: Ich frage zuerst den Antragsteller an, ob er das Wort wünscht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wie von Etienne Winter schon angesprochen wurde, geht unser Postulat zurück auf einen Antrag auf Einführung von Tempo 30, der aus Sicht der Mehrheit des Einwohnerrates nicht zielführend war, weil zahlreiche Aspekte nicht berücksichtigt waren. Die Thematik der Schulwegsicherheit gehört ja über das Leitbild zu den Zielsetzungen des Gemeinderates und wird auch im Zusammenhang mit dem neuen Schulhaus immer wieder erwähnt. Das Anliegen ist jedoch aus unserer Sicht nicht komplett umgesetzt worden. Der Gemeinderat wird Ihnen nachher – davon bin ich überzeugt – beliebt machen wollen, den Vorstoss nicht anzunehmen, weil er eine Art Schulwegsicherheits-Broschüre

ausgearbeitet habe. Das ist aber nichts weiter als ein sehr schön gefaltetes Stück Papier, auf dem unsere Gemeinde eingezeichnet ist mit einigen markierten Strassen. Der ganzen Thematik der Verkehrssicherheit – und was sie bedeutet in Bezug auf Langsam- und Schnellverkehr, oder in Bezug auf neuralgische Punkte wie die Sanierung der Baslerstrasse, oder in Bezug auf die Entwicklung Spitzwaldstrasse/ Fabrikstrasse, die in Zukunft sicher eine übergeordnete Rolle spielen wird – wird dort nicht Rechnung getragen. Genauso wenig wird dem Rechnung getragen, dass man mit einer steigenden Anzahl von Schülern auch immer mehr «Elterntaxis» hat, was zum Teil zu unsäglichen Situationen führt, was man sehr schön an der Strasse vor dem Schulhaus beobachten kann, aber auch am Schulhaus Neuallschwil an der Strasse in Richtung Schönenbuch. Dort fahren die Autos mittlerweile rechts hinauf bis zum Rosenberg und stehen dort im Zuhälter-, Entschuldigung: Zubringerdienst. Die Zuhälterstrasse befindet sich im Kleinbasel und ist als solche ausgewiesen. Wir haben Zubringer. Da konnte ich letzthin sogar beobachten, wie ein völlig aufgelöster und entnervter Polizist oben beim Schulzentrum neben dem Behindertenparkplatz stand und einen Autofahrer anschrie, er müsse hier jetzt wirklich wegfahren, sonst würde er ihn aus dem Auto herausholen. Solche Szenen haben wir mittlerweile überall. Und dieser ganzen Problematik trägt das, was der Gemeinderat Ihnen nachher verkaufen wollen wird, einfach nicht Rechnung. Aus diesem Grund haben wir diesen Vorstoss eingebracht, damit die Angelegenheit ganzheitlich angeschaut wird. Und wir sind der Meinung, dass es sinnvoll wäre, den Vorstoss jetzt so zu überweisen, damit der Gemeinderat zusammen mit dem Einwohnerrat daran arbeiten und es so umsetzen kann, dass es den Namen Schulweg-Sicherheitskonzept auch wirklich verdient und nicht nur ein Faltblatt der Gemeinde Allschwil ist.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Jetzt haben sie mich auf dem falschen Fuss erwischt. Ich habe mich dreimal auf die beiden Postulate vorbereitet und alles abgestimmt und angepasst, und bin jetzt davon ausgegangen, dass wir im vierten Anlauf dazu kommen – und was macht jetzt der liebe Etienne, er reisst mir den Boden unter den Füßen weg. Denn in meiner Postulats Beantwortung von Florian Spiegel heisst es einleitend, ich wolle nicht noch einmal wiederholen, was ich vorhin schon gesagt habe, sondern nur noch auf die abweichenden Details eingehen. Sie müssen mich daher bitte entschuldigen, falls ich jetzt ein wenig hin- und her Switchen muss, um das Ganze zu beantworten. Nichtsdestotrotz: Jawohl, Florian Spiegel, du hast vollkommen recht. Erstens wird der Gemeinderat Nichtannahme beantragen. Zweitens haben wir das Faltpapier, und das würde ich jetzt gar nicht so despektierlich meinen, das Papier wird nämlich sehr geschätzt von den Eltern und auch von den Kindern. Und darin ist tatsächlich der sichere Schulweg aufgezeigt, das heisst, wo man gehen soll und wo man nicht gehen soll, und das wird auch sehr stark befolgt. So viel einmal voraus.

Das Postulat ist mit den Worten, die Florian Spiegel sagte, noch etwas ergänzt worden. Trotzdem sind gewisse Dinge bereits erfüllt. Ich möchte zu zwei, drei Dingen Stellung nehmen, und dazu, was sinnvoll ist und was weniger sinnvoll ist aus Sicht des Gemeinderats. Das Schulwegkonzept ist für die Primarschule da. Wenn jetzt gefordert wird, dass man es auf die Kindergärten ausweitet, dann hat das natürlich einen ganz anderen Aspekt. Die Idee dieses Schulwegkonzepts ist aber, dass wir die Kinder hindurchlotsen wollen, insbesondere wenn sie stark befahrene Achsen und Strassen überqueren müssen. Dies ist bei den Wegen zu den Kindergärten eigentlich nicht der Fall, denn diese befinden sich ja in den Quartieren. Die Hauptaufgabe dieses Verkehrssicherheitskonzepts oder dieses Schulwegkonzepts ist es, gerade bei den Primarschulhäusern ein übergreifendes Wegführungsnetz zu erstellen, wenn man das Schulhaus nicht gerade im Quartier hat.

Dann wurde vorhin die Problematik des Elterntaxis angesprochen. Es ist so, das ist eine absolut mühsame Sache. Aber auch dort haben wir eine Schwierigkeit: Es ist nicht verboten. Wir können höchstens versuchen, es einzugrenzen. Und auch wenn wir ein Verkehrssicherheitskonzept oder ein Schulwegkonzept machen – Elterntaxis lassen sich dadurch weder minimieren noch verhindern oder sonst irgendetwas. Das ist einfach eine Unart unserer Zeit. Was die Polizei aber tut, ist, dass sie die Kommunikation sucht zu all den Elterntaxis, auch in anderen Fällen, nicht nur solchen, wie sie vorhin geschildert wurden. Man hat zum Beispiel letztes Jahr 251 Verkehrskontrollen durchgeführt, davon waren 79 im Rahmen der Schulwegsicherheit. Dabei hat das Elterntaxi immer Priorität, und das wird auch immer sehr stark kontrolliert, und wir lassen auch nicht locker und suchen immer wieder das Gespräch. Es gibt einfach notorische Leute, die nicht belehrbar sind. Trotzdem glaube ich daran: Steter Tropfen höhlt den Stein, und so werden wir an der Sache dran bleiben müssen. Aber nochmals: Eine rechtliche Grundlage, um das zu verbieten, haben wir nicht. Und wir haben auch mit einem Konzept keine Möglichkeit, dem irgendwie Paroli zu bieten. Das muss man einfach einmal sehen. Wenn im Weiteren gefordert wird, dass man auch die zukünftige demografische Entwicklung anschauen muss, so wird dem selbstverständliche Rechnung getragen. Das Konzept, das jetzt vorhanden ist, basiert nicht auf Annahmen von 1965, sondern das ist etwas, das laufend am tun ist. Das Konzept beschreibt einen Ist-Zustand, wird aber laufend überprüft, und zwar gerade auch eingehend auf Änderungen von Wegführungen, Strassengestaltungen und Demografie in den verschiedenen Quartieren. Das sind Dinge,

die beobachtet werden. Wir sehen ja, welches Quartier wächst, und wo es jüngere und wo es ältere Leute hat, und aufgrund dessen wird auch in regelmässigen Abständen erwogen, ob man das ganze Konzept ändern muss. Das ist etwas, das bereits am tun ist. Ein kleines Beispiel, das in diese Stossrichtung geht, ist zum Beispiel der Trottoir-Ausbau oder auch die Fahrbahnverengung am Muessmattweg, die jetzt gemacht wurde. Dass im Zusammenhang mit der Baustelle noch andere Aspekte dahinter stehen, ist das Unschöne an der Geschichte. Aber vom Sicherheitsgedanken her sind das einzelne Punkte, die wir schon einmal herausnehmen können.

Weitere Bezugspunkte, die im Postulat genannt werden, wie Selbstwahrnehmung der Kinder über ihre Rolle im Verkehr, sind bereits erfüllt in dem Konzept, das vorliegt. Das ist auch so evaluiert worden. Als das Konzept erarbeitet wurde, wurden auch Fachpersonen einbezogen. Nebst dem, dass es das Büro Pestalozzi und Stäheli war, Pro Engineering, Security AG, Facility Management der Gemeinde und natürlich die Abteilung Sicherheit, ist auch ein Büro «Kind und Raum» dabei, auch Eltern waren in Form einer Befragung dabei und 18 ausgewählte Kinder, um herauszufinden, wie sich die Kinder fühlen, und wo sie entlang gehen, was ihnen wichtig ist, und wie die Dinge aus ihrer Perspektive aussehen. Auch solche Dinge sind in das Büchlein eingeflossen. Es steckt also sehr viel mehr dahinter, als dann am Ende hineinkommt.

Schlussendlich kann man dann noch sagen: Die Kostenplanung war ein Bestandteil des Vorschlags 2018, die Umsetzung und Erarbeitung erfolgte mit diesem Leporello. Und wenn es neue Massnahmen geben muss, werden auch weiter neue Massnahmen geprüft. Das ist etwas, das läuft. Und schliesslich steht da noch, dass man die Konferenz der Fraktionspräsidenten einbinden soll, um eine einvernehmliche Zielsetzung zu erarbeiten. Der Gemeinderat hält diesen Weg nicht für den richtigen. Wie soeben mitgeteilt, haben wir wirklich versucht, die Betroffenen, also Kinder und Eltern, wie auch Fachleute einzubeziehen, und das wurde als etwas Entpolitisiertes und sehr Spezialisiertes eingenommen. Darum bin ich überzeugt, dass das Konzept, das wir bereits haben, bereits schon richtig ist, und dass somit nicht mehr erklärt werden muss und auch keinen Nachdruck aus der Politik heraus braucht.

Das war jetzt nicht genau das, was ich ursprünglich sagen wollte. Das finde ich ein wenig schade, da ich mich aufgrund der ursprünglichen Konstellation der beiden Postulate ganz anders vorbereitet hatte. Ich hoffe, dass trotzdem einigermaßen klar herausgekommen ist: Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Kern dieser Postulate mit dem vorhandenen Schulwegkonzept schon lange erfüllt ist. Die wichtigsten Bezugspunkte sind bereits Gegenstand von ergriffenen Massnahmen oder werden in den nächsten Jahren geplant. Daher heisst das für mich, dass die Gemeinde eigentlich über ein voll umfassendes Projekt verfügt und dass insbesondere der Einbezug der Fachleute und der Betroffenen die Grundlage und die Quintessenz des ausgearbeiteten Konzepts ist. Darum ist der Gemeinderat der Meinung, dass das Postulat nicht entgegenezunehmen ist.

Markus Gruber, Präsident: Die Diskussion ist eröffnet.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Im Gegensatz zu Gemeinderat Hofmann freue ich mich, dass die zwei Postulate koordiniert eingereicht wurden, das ist vorbildlich, finde ich. Wir sind für Überweisung des Postulats. Die Gründe, die dazu geführt haben, überzeugen uns. Es scheint Handlungsbedarf gegeben zu sein, und zwar auf zwei Ebenen. Das eine – und wir sind trotzdem für Überweisung, auch wenn sich das nur auf Kinder bezieht – ist, dass wir meinen, Sicherheit ist ein Problem überall und für alle. Darum haben wir heute ja auch ein entsprechendes Postulat eingereicht, von dem die Verkehrssicherheit für Kinder ein Teil werden könnte. Dann möchte ich noch etwas Viertes sagen: Ich höre so viele Fragen, Beschwerden und Ängste im Zusammenhang mit Sicherheit, dass ich mir überlege, haben wir eigentlich nur Sicherheit in den Konzepten und Sicherheit in den Papieren, und in Tat und Wahrheit nicht wirklich? Wenn das so wäre, dann wäre das, was wir haben, erstens zu wenig griffig, und es wäre das alt berühmte Kommunikationsproblem, das sich da sichtbar macht.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Es ist nicht ganz richtig, Herr Philippe Hofmann. Der Kanton Aargau hat es zustande gebracht, mit einer oder zwei Gemeinden, es kam sogar in «Schweiz aktuell», dass Elterntaxis nicht mehr stattfinden dürfen. Es werden massive Bussen verhängt, wir reden da von mehr als CHF 100. Es ist möglich. Es wurde auch dort in dieser Gemeinde heftig diskutiert, aber man hat sich durchgerungen. Die Gemeinde ist sehr wohl befugt, ein Gesetz auszuarbeiten, wonach Elterntaxis nicht mehr durchgeführt werden dürfen. Ich habe eher das Gefühl, man hat Angst vor der Reaktion, wenn man die gewissen Persönlichkeiten je nach dem büssen müsste. Denn es könnte ja vielleicht der gute Götti von mir sein, den ich nicht gern büsse. Meistens geht es doch in diese Richtung.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Statt eine Menge externen und teuren Rat einzuholen, lade ich dich, Philippe Hofmann einmal ein. Zieh die Turnschuhe an und wir treffen uns am Kindergarten am Sandweg. Dann

laufen wir mal über die Spitzwaldstrasse zu dem Zeitpunkt. Und dann kannst du dein Faltblatt in die Hand nehmen, um hierher an dieses Schulhaus zu laufen, und dann schauen wir erstens einmal, ob du den Weg findest mit diesem Faltblatt, und zweitens schauen wir uns dann die Markierungen an, und ob die überhaupt vorhanden sind.

Urs Pozivil, FDP-Fraktion: Unsere Fraktionsmeinung ist die, dass wir eigentlich für eine Nichtentgegennahme sind. Ich will das auch begründen. Wir folgen hier dem Gemeinderat, weil wir denken, es wird eigentlich momentan genug getan. Die Konzepte bestehen, wie sie ja beschrieben wurden. Und es liegt ja in unser aller Interesse, dass die Sicherheit unserer Kinder wirklich im Vordergrund steht, ich glaube, das steht ausser Zweifel. Was mich aber persönlich wundern würde: Das Büchlein oder dieser Leporello wird ja nur an Eltern abgegeben; ich würde ihn aber auch gern einmal sehen. Wo kann ich den einsehen? Es wäre doch schön, wenn wir Vertreter der Politik das bekommen würden. Kann man ihn vielleicht online anschauen? Das wäre gut zu wissen.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Wir von der AVP sind dafür, dass wir das Postulat den Gemeinderat zum Prüfen und Berichten geben. Ich will nicht sagen, dass der Gemeinderat wenig tut. Er tut sehr viel, das ist richtig. Ich weiss auch, dass das Kinderbüro Basel-Stadt schon mit einbezogen worden ist. Aber es gibt einfach gewisse Sachen wie zum Beispiel das Elterntaxi. Ich habe auch gesehen, dass man die Leute büssen kann. Ich habe auch einen Bericht aus Deutschland gesehen, der sehr interessant war. Dort sind ja Elterntaxis ebenfalls ein Riesenproblem. Dort hat man den Eltern einen Platz gegeben, nicht gerade vor dem Schulhaus, den sie anfahren dürfen; vor dem Schulhaus ist es verboten. Ich fände es richtig, wenn man das einmal prüfen würde.

Beatrice Stierli, CVP-Fraktion: Aus unserer Sicht hat der Gemeinderat und hat die Gemeinde Allschwil schon sehr viel gemacht zu dem Thema. Aber ich spüre eine Unsicherheit hier im Rat, und ich denke, es wäre sicher gut, wenn man mit der Überweisung dieses Postulats Sicherheit für uns alle schaffen würde, und dass man Einsicht in das Büchlein und den Leporello bekäme, damit wir das Thema ganzheitlich anschauen und abschliessen können.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich hatte im Vorfeld schon gesagt, dass die SP-Fraktion den Vorstoss unterstützen kann, weil ja Christian Stocker Arnet und ich den unsrigen zurückziehen. Ich möchte noch auf zwei Sachen verweisen. Zum einen kann man sagen, der vierte Antrag obliegt natürlich nicht der Einbindung des Gemeinderats, die Runde der Fraktionspräsidium oder eine Gemeinderätliche Spezialkommission liegt nicht in unserem Kompetenzbereich. Es ist den Gemeinderat überlassen, ob er das tun möchte; er wird sicher von uns dazu eingeladen. Drittens: Im Leitbild Zukunft Allschwil ist das Schulweg- und Sicherheitskonzept bereits erstellt worden in der Ausführung, die der Gemeinderat geplant hat. Das war ja auch der eigentliche Antrag von uns, darum haben wir ihn zurückgezogen. Dementsprechend ist das eigentlich schon am Laufen. Aber worum es wirklich geht, ist die Vorlage dieser Verkehrssicherheit. Und was wir jetzt schon mehrmals gehört haben, und darauf müssen wir uns vielleicht auch wieder zurückbesinnen an dieser Sitzung, war es das primäre Anliegen von Seiten Pascale Uccella, die Strassen Muessmattweg, Lettenweg, und mit diesen Elterntaxis. Und wenn man das ein bisschen weiter herunterbricht, dann wäre es sicher gut, prüfen und berichten, Thema Elterntaxi auch, was für Massnahmen kann der Gemeinderat treffen, was für Massnahmen obliegen der Einwohnerratskompetenz. Das sollte man einmal zusammen anschauen. Aus diesem Grund waren wir der Meinung, dass es Sinn macht, und aus diesem Grund möchten wir es unterstützen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Wir haben wieder einmal ein Postulat der SVP vorliegen, das nicht klar formuliert ist. Wenn ich lese: «Wichtige Bezugspunkte: Problematik Elterntaxis, Signalanlagen, temporäre Geschwindigkeitsreduktionen, Fuss- und Langsamverkehr, Selbstwahrnehmung der Kinder über ihre Rolle im Verkehr, Entwicklung der Schülerzahl» – dann ist das ein gesamthafter Planungsauftrag «Verkehrsplanung von Allschwil». Mit «Einführung von Geschwindigkeitsreduktionen» geht es um Verkehrszählungen, Geschwindigkeitsmessungen, Verkehrsflüsse. Wollen wir das? Wenn der Gemeinderat das so, wie es hier steht, umsetzt, dann wird er im nächsten Budget eine entsprechende Position von geschätzt CHF 300'000 – 400'000 für Planung einstellen müssen. Dann sind wir bei Ueli Keller, der sagt, auf der Planungsseite sind wir sicher. Also planen wir. Und wahrscheinlich in einem Jahr, oder in zwei Jahren, haben wir dann das Ergebnis. Ist es das, was wir wollen? Oder was die Postulanten wollen? Ich möchte doch beliebt machen, so ging es auch bei der Kreuzung Fabrikstrasse, die am Schluss in der Kommission für Bau und Umwelt landete, die dann die dankbare Aufgabe hatte, überhaupt einmal herauszufinden, was das Postulat will. Wir wurden dann in der Einwohnerratssitzung vom Postulanten selber wiederum zurückgepfiffen, der fand, er wolle doch nicht so viel, sondern er wolle weniger. Hier läuft es genau auf das Gleiche hinaus. Ich denke, man muss doch einmal klar präzisieren, was man will. Was genau soll der Gemeinderat beantworten? Etienne Winter hat drei Punkte

herausgenommen. Wenn es genau gleich läuft wie bei der Querung Fabrikstrasse, dann bringt der Gemeinderat diese drei Punkte, bezieht sich auf Etienne Winter, und dann heisst es seitens der Postulanten: Das wollten wir nicht, wir wollten viel mehr. Und dann drehen wir uns wieder in einer Endlosschleife, und ich glaube, das ist nicht das Ziel.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ueli Keller hat gesagt, Sicherheit bestehe nur in den Papieren. Ich glaube, ich kann behaupten, dass Sicherheit in Tat und Wahrheit gegeben ist. Mir sind jedenfalls keine statistischen Zahlen aus den Berichten der Polizei bekannt, wonach wir es hier in Allschwil mit einer signifikanten Unsicherheit zu tun hätten. Ich wollte das auch gar nicht. Aber wie das momentan daherkommt, tut man so, als wäre Leib und Leben täglich jederzeit immer bedroht. Ich will nicht sagen, dass es keine neuralgischen Stellen gibt und dass es nicht gefährliche Situationen gibt. Ja, die gibt es. Die gibt es heute, die wird es morgen geben, die wird es mit einem Konzept geben, die wird es immer geben, die gibt es im Leben. Sicherheit und Gefahr sind ein Teil des Alltags. Aber ich wehre mich dagegen, dass gesagt wird, hier in Allschwil sei es grundsätzlich unsicher. Falls diese Meinung auftreten sollte, würde ich das nicht unterschreiben, das geht wirklich nicht. Wenn Simon Zimmermann gesagt hat, zwei Aargauer Gemeinden hätten das mit dem Elterntaxi gemacht, dann finde ich das gut. Bitte sag mir, auf was ich mich beziehen kann, ich gebe das meinen Polizisten weiter, damit wir das anwenden können. Ich wäre der allererste, der Elterntaxis büssen würde, mit Freude, Götti hin oder her. Das ist eine Saumode. Punkt. Sag mir, woher du das hast, und wir prüfen das. Zu deiner Einladung, Henry Vogt, ich komme auch in den Sandweg, wenn es sein muss. Wir können dort gern einmal herumlaufen, das ist alles in Ordnung. Ich weiss, was du meinst und was du sagen willst, ist in Ordnung. Ich kann an dieser Stelle allerdings sagen: Es ist ja nicht verboten, dass man in Eigenverantwortung den Kindern selber den Weg aufzeigt und ihnen hilft, wo es entlanggeht. Es ist doch gerade auch die SVP, die sagt, dass Eigenverantwortung hoch bewertet wird und nicht alles vorgekaut werden muss. Also du könntest vielleicht deinen Kindern sagen, dass dieser Weg gut ist, und ich bin überzeugt, das hast du alles bereits getan. Zum Anlegen von Urs Pozivil: Ich habe Caroline Müller ein Mail geschrieben, sie soll veranlassen, dass alle Einwohnerräte zu diesem Leporello kommen. Dann könnt ihr ihn alle einmal anschauen. Ich finde ihn nämlich eine gute Sache und ich stehe hinter dem Papier. Zum Vorschlag von Pascale, einen Platz zu schaffen, auf dem die Elterntaxis warten können. Das ist in der Tat eine Idee, die sie nicht erfunden hat, sondern die in Deutschland praktiziert wird, ich habe auch schon davon gehört. Ich habe auch schon mit Andreas Meyer informell darüber gesprochen. Aber was heisst das? Es heisst ja nichts anderes, als dass man eine Unsitte legalisiert. Man schafft einen Platz. Man sagt, wir sind eigentlich nicht zufrieden mit Elterntaxis, aber wir schaffen einen Platz, wo ihr trotzdem die Kinder aussteigen lassen könnt. Das ist nicht meine Auffassung vom Umgang mit einem Problem. Da muss man eine andere Richtung einschlagen. Und schlussendlich ist es dann auch doch das, was Andreas Bärtsch gesagt hat. Falls das Postulat überwiesen werden sollte, beziehe ich mich natürlich einzig und allein auf die Punkte, die hier genannt sind, und das würde dann auch beantwortet werden, nicht mehr und nicht weniger, in Bezug auf das, was bereits da ist, bzw. was bereits gemacht worden ist.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte nur etwas erzählen, was ich im Alltag erlebe. Ich fahre ja immer mit dem Velo von Allschwil nach Reinach und komme an zwei oder drei Primarschulhäusern vorbei. Und jede Woche oder spätestens alle 14 Tage sehe ich Polizisten oder Polizistinnen, immer zwei, ab 7:30 Uhr vor den Schulhäusern. Sie grüssen mich, sie grüssen die Kinder, sie grüssen die Eltern, und das dünkt mich ein ganz guter präventiver Ansatz zu sein, wenn die Polizei einfach sichtbar ist. Da können die Elterntaxis dann auch nicht einfach anhalten. Die Polizistinnen und Polizisten reden auch mit den Schülerinnen und Schülern oder mit den Eltern. Es ist mehr ein Miteinander in dem Sinn, dass der Schulweg ein Begegnungsweg ist, ein Lernweg, ein Weg zum selbstständig werden. Das dünkt mich eine ganz gute Sache in Reinach.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich möchte gern etwas persönlich richtig stellen. Ich kenne den Trick, wie man jemanden blöd hinstellen kann, indem man übertreibt, was er gesagt hat. Ich habe nicht gesagt, alle Allschwiler fühlen sich überall und immerzu in Allschwil unsicher. Ich habe gesagt, es gibt Allschwiler jeden Alters, die sich unsicher fühlen, und das ist für mich Anlass, das Thema ernst zu nehmen. Und im Übrigen sind wir nicht an der Fasnacht.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Zuerst zu Philippe Hofmann: Ich bin es normalerweise gewohnt vom Gemeinderat, dass er – wenn er schon so überzeugt ist von der Arbeit, die er getan hat, oder wenn er an einem Thema sowieso schon dran ist – ein Postulat entgegennimmt und es beantwortet. Da verstehe ich nicht – wenn er doch überzeugt ist, dass alles soweit ausgearbeitet ist, dass man es vorlegen kann – dass er nicht für Entgegennahme ist. Zweitens muss ich auch zur FDP etwas sagen. Wenn es zuerst heisst, das Postulat sei unvollständig, dann aber, die Auflistung sei zu genau, und wenn man dann mit dem Satz anfängt «Schon wieder liegt ein Antrag der SVP vor...» – Vielleicht ist es der Unterschied zwischen unserer Partei und eurer, dass man den Grossteil unserer Anträge abstimmen lassen kann und

nicht die Hälfte zurückgezogen werden muss, weil man, nachdem man sie eingereicht hat, merkt, dass sie nur Schall und Rauch sind. Und zudem, wenn wir gerade bei der FDP sind: Die haben ja bei sich jetzt noch die grüne Ader entdeckt. Da müsstet ihr doch eigentlich dafür sein, dass mit den Elterntaxis aufgehört wird, weil das ja nichts anderes als CO₂-Verbrauch und unsinniger Verkehr ist, was die Umwelt belastet. Ihr habt das ja neu für euch entdeckt, also müsstet ihr doch jetzt Feuer und Flamme, aber mit grünen Blättern, dafür sein, dass wir das Postulat überweisen. Dieses doch sehr heftige Votum verstehe ich nicht ganz. Ich hatte gemeint, die Landratswahlen seien vorbei. Aber die FDP denkt er immer sehr weit voraus; wahrscheinlich ist sie bereits bei der Nationalratswahl, oder auch schon bei den Einwohnerratswahlen. Wir werden es sicher im Winter sehen, wenn wir wieder 20 Budgetpostulate vorliegen haben.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe es vorhin schon erwähnt, es kam bei «Schweiz aktuell». Ich kann nicht mehr sagen, an welchem Tag. Aber es dürfte ja ein Kleines sein, den E-Player des letzten halben Jahres einmal durchzuschauen.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

://:

Das Postulat betr. Erstellung der Schulweg- und Sicherheitskonzepte, Geschäft 4390, wird grossmehrheitlich bei 5 Nein und 1 Enthaltung überwiesen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 7

Postulat von Simon Maurer, Melina Schellenberg und Mehmet Can, SP-Fraktion, vom 26.06.2018, betreffend Strategie Glasfaser-Erschliessung Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4403

Markus Gruber, Präsident: Ich frage die Antragsteller an, ob sie das Wort wünschen.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Für mich ist es sehr erstaunlich, dass der Gemeinderat so etwas ablehnt, bzw. nicht entgegennehmen will. Wir kennen in Allschwil im Moment zwei Netzwerkanbieter, der eine ist die Swisscom, der andere ist Cablecom. Swisscom hat im Moment ein offenes Netzwerk. Allerdings sind das alte Telefonleitungen und entsprechend schwach, auch diktieren sie die Preise. Dann haben wir noch Cablecom. Sie haben ein vergleichsweise besseres Netz, es ist allerdings komplett geschlossen und lässt keine anderen Anbieter zu. In den Städten und Gemeinden, wo ein eigenes Glasfasernetz vorhanden ist, oder die ein solches Netz mit Swisscom realisiert haben, stehen die Anschlüsse allen Anbietern zu gleichen Konditionen zur Verfügung. Im Unterschied zu den alten Telefonleitungen sind die Anbieter beim Glasfasernetz nicht auf die Infrastruktur von Swisscom angewiesen. In diesen Gebieten hat die Bevölkerung schnelles Internet zu fairen Preisen. Auch unsere Nachbargemeinden haben das Thema schon in Angriff genommen. Binningen zum Beispiel hat schon lange ein eigenes Netzwerk. Dann haben wir noch Reinach und Oberwil, die auf politischer Ebene für den Verbleib in der GGA gestritten haben, weil sie einen umstrittenen Provider-Wechsel hatten, was zu massiven Gebührenerhöhungen führte. Dann haben wir Therwil, wo man noch einen Schritt weiter gegangen ist. An der Gemeindeversammlung vom letzten Oktober 2018 hat der Souverän beschlossen, sich von der GGA loszusagen und das Glasfasernetz für alle Haushaltungen auszubauen. Jetzt ist meine Frage: An was liegt es, dass unser Gemeinderat das nicht entgegennehmen will? Das ist etwas Gutes. Die Swisscom möchte im Moment die Leitungen bis in die Strasse, also bis zu den Schaltkästen bringen, nicht bis zu den Häusern. Alle Leute, die etwas weiter vom Schaltkasten weg sind, müssen den Anschluss selber zahlen. Auch dem Gewerbe macht das Probleme. Also ihr von der FDP solltet eigentlich die Ersten sein, die dafür sind. Ich frage mich, was der Grund ist, dass ihr das nicht annehmt. Es kommt noch dazu, dass das etwas ist, was seit einem Jahr hängig ist, aber es wird immer wieder verschoben. Das verstehe ich nicht ganz. Mittlerweile hat die Swisscom ein Schreiben verschickt, wonach sie demnächst anfangen wollen. Ich frage mich wirklich: Verstehe ich das falsch, oder hat man das nicht verstanden, oder hat man gar kein Interesse, da überhaupt etwas zu machen? Aus diesem Grund möchten wir euch höflich bitten, das Postulat zu überweisen, das nicht nur den Anwohnern zugutekommt, sondern auch dem Gewerbe. Glasfaser ist wichtig. Wir könnten noch einen Schritt weiter gehen und sagen, 5G kommt. Aber das wollen wir im Moment nicht. Das Thema ist Glasfaser. Und wir möchten, dass der Gemeinderat das

Ganze prüft und ein flächendeckendes Netzwerk der ganzen Bevölkerung zur Verfügung stellt, und es müssen auch alle Anbieter die Möglichkeit haben, das Netzwerk der Swisscom zu nutzen, bzw. das mitzugestalten. Und ich bin auch der Meinung, wir sollten die Swisscom, falls sie nicht will, dazu verdonnern, das zu tun. Basel zum Beispiel tut das ja oder hat es bereits getan.

Robert Vogt, Gemeinderat: Als das Postulat im Juni 2018 überwiesen wurde, hatte ich persönlich grosse Sympathien, weil wir im Juni 2018 tatsächlich nur einen grossen Anbieter haben, der ein Glasfasernetz betreibt, UPC. Jetzt bin ich aber in dieser Sache von der Geschichte überholt worden, indem nämlich im August die Swisscom den Gemeinderat aufsuchte und ankündigte, sie werde in Allschwil das Glasfasernetz ausbauen in drei Stufen. Eine Stufe bis in die Strasse, eine Stufe bis vors Haus, und die dritte dann bis zum Endkunden. Deswegen hat der Gemeinderat gesehen, dass wir jetzt plötzlich zwei Anbieter auf dem Allschwiler Markt haben. Damit kann jeder Kunde auswählen, und etwas Besseres kann uns ja gar nicht passieren. Deswegen kann der Gemeinderat zum Schluss, dass wir keinen Eingriff seitens der Gemeinde brauchen. Sondern jetzt ist die Ausgangslage günstig, und wir lassen diese beiden Anbieter im Markt bestehen. Da braucht es keine Steuerung. Darum bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Ich frage mich, aufgrund von was die Swisscom entscheidet, bis wohin und vor allem bei wem sie das Glasfaser bis zur Haustüre bringt. Was sind das für Kriterien? Und ausserdem bin ich auch der Meinung, wir lassen beiden die Möglichkeit frei, zu entscheiden. Es ist ein Konkurrenzkampf, schön und gut, ja, freie Marktwirtschaft. Aber auf der anderen Seite müssen doch wir als Gemeinde in der Lage sein, den Tarif durchzugeben und zu sagen, das ist etwas für uns, etwas für Allschwil, wir entscheiden, nicht Swisscom und nicht Cablecom.

Robert Vogt, Gemeinderat: Darauf vielleicht eher eine technische Antwort. Es ist eben so, dass ein Netz, wie der Name schon sagt, eigentlich keinen Sinn macht, wenn es doppelt geführt wird. Die Swisscom wird sich natürlich hüten, dort, wo bereits ein Glasfasernetz der UPC bis zum Endkunden besteht, auch noch eine Glasfaser hin zu verlegen. Sondern man wird in der Strasse bereit sein, um reagieren zu können auf alle Fälle, die da kommen mögen, nämlich dass ein Eigentümer einer Liegenschaft beschliesst, bringt die Leitung bis ans Haus oder bringt sie sogar bis in die Wohnung. Das hat bis jetzt ja gut funktioniert. Darum sieht der Gemeinderat da überhaupt keinen Grund einzugreifen. Sondern das kann jetzt wirklich der Markt selber regulieren.

Markus Gruber, Präsident: Die Diskussion ist eröffnet.

Diskussion

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Das Glasfasernetz ist ja eigentlich eine Kooperation zwischen Kabelnetzbetreibern, Anbietern usw. Die Anbieter sind eben Swisscom und UPC. Unterdessen bestehen ja sogar Kooperationen zwischen UPC und Swisscom. Zum Beispiel nutzt UPC das Swisscom-Handynetz. Ich kann mir gut vorstellen, wie Gemeinderat Robert Vogt schon gesagt hat, dass das im Bereich Glasfasernetz ähnlich laufen wird. Es gibt also keinen Grund, warum die Gemeinde Allschwil in dieses Zusammenspiel eingreifen soll und somit den Wettbewerb in der Privatwirtschaft verzerrt. Denn UPC ist gerade jetzt, vor zwei oder drei Wochen, wieder mit den Preisen heruntergegangen. Wir von der SVP-Fraktion sind der Meinung, dass das nicht in der Kompetenz der Gemeinde liegt, und somit stimmen wir für Nichtentgegennahme.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin Swisscom-Kunde und habe diesen Brief auch bekommen. Ich habe dann dort angerufen und wollte eine Auskunft. Swisscom sagte mir dann, vom Gesetz her müssen sie die Glasfaser bis in die Strasse verlegen. Das ist Pflicht der Swisscom. Von der Strasse bis ans Haus ist es der Hauseigentümer. Wenn es ein Mehrfamilienhaus ist, muss der Eigentümer die Leitung bis ins Haus hinein legen, und das ohne Kosten für die Mieter. Das ist auch gesetzlich so vereinbart, dass der Hauseigentümer das zahlen muss. Der Endkunde zahlt dann die Leitung vom Hausverteiler unten im Keller bis in seine Wohnung. Wenn man Kunde bei Swisscom ist, schenkt sie einem das. Wenn man nicht Swisscom-Kunde ist, zahlt man die Verlegung der Leitung. Im Übrigen sagte mir der Techniker, es reicht bereits, wenn die Glasfaser in der Strasse liegt. Die alten Kupferleitungen werden dann trotzdem mehr Geschwindigkeit bringen. Es ist also alles gemacht. Und die Swisscom vermietet auch ihre Leitungen weiter an die anderen Anbieter. Es ist also nicht so, dass nur die Swisscom allein dort drauf ist. Das ist heute schon der Fall. Das ist nichts Neues. Jeder hat als Endverbraucher die Möglichkeit, die Glasfaser zu nutzen. Die Frage ist dann eben, was der einzelne Anbieter für Kosten generiert. Aber da ist ja auch jeder frei, zu kündigen und zu einem anderen Anbieter zu gehen. Also ich sehe da echt kein Problem.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Wir von der FDP finden, in den Netzausbau muss sich die Gemeinde nicht einmischen. Wie Gemeinderat Robert Vogt ausgeführt hat, haben wir zwei Anbieter auf dem Platz Allschwil, und die werden ihre Netze so ausbauen, wie die Bedürfnisse sind, denn sie wollen ja mit den Allschwilern Geschäfte machen. Es fragt sich auch, wie lange die Glasfaser noch das Beste ist. Es wird das 5G-Netz kommen, und genau diese Anbieter sind auch Konzessionsnehmer von 5G, und sie werden entscheiden, wo sie die die guten Angebote machen. Was auch zu beachten ist: UPC ist übernommen worden von Sunrise. Kooperationen mit der Swisscom werden in absehbarer Zeit also wahrscheinlich nicht mehr zustande kommen, sondern es ist der Konkurrenzkampf zwischen diesen beiden grossen Telekom-Anbietern, der, wie man jetzt schon gemerkt hat, zu Preisreduktionen führen wird.

Mehmet Can, SP-Fraktion: Es ist schon richtig, dass die Swisscom bis in die Strasse verlegt. Aber von der Strasse bis zum Haus liegt ja immer noch eine Kupferleitung. Es mag sein, dass diese für einen Haushalt ausreicht, einen Film kann man ohne Störung schauen. Aber du wirst mir doch nicht sagen wollen, dass bei einem Mehrfamilienhaus der Hauseigentümer die Leitung von der Strasse bis ans Haus aus der eigenen Tasche bezahlt und darauf sitzen bleibt. Das nächste Problem ist die Leitung vom Schaltkasten im Keller bis in die einzelnen Wohnungen. Das ist wieder etwas anderes. Irgendjemand muss diese Kosten übernehmen. Das ist das eine. Das andere ist: Dass die Swisscom offen ist, ist korrekt. Aber Cablecom lässt keine anderen Anbieter auf ihr Netz. Das darf man nicht vergessen. Und Swisscom hat immer noch von der Strasse bis zu den Häusern alte Kupferleitungen. Die sind nicht unbedingt die besten in gewissen Gebieten. Da kann man zwar sagen, wir haben 200 GB. Schön und gut. Aber das bringt nichts, wenn du nur maximal 70 GB ausschöpfst, aber du zahlst dafür.

Jérôme Mollat, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Auch unsere Fraktion ist gegen Überweisung des Postulats. Wir sehen zwar auch, dass ein gutes Internet eine Schlüsselinfrastruktur für eine Gemeinde darstellt, aber wir denken, ein staatlich geforderter Ausbau schiesst über das Ziel hinaus. Wir haben bereits jetzt eine sehr gute Internetverbindung. Wir haben auch gehört, dass jetzt noch UPC und Swisscom in ein Glasfasernetz investieren werden. Für uns ist kein Marktversagen ersichtlich. Es gibt keinen Grund, dass der Staat eigenes Geld in die Hand nimmt. Wir dürfen auch ein mahnendes Beispiel nicht vergessen. In Zürich hat die öffentliche Hand viel Geld in den Ausbau des Glasfasernetzes gesteckt, und bereits jetzt musste der Betreiber grosse Abschreiber vornehmen, weil es sich nicht so rentiert. Es würde also auch ein grosses Risiko dahinter stehen, wenn hier Steuergelder investiert würden. Darum unterstützen wir dieses Postulat wie gesagt nicht.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich weiss ja nicht, ob man mir bei meinem vorigen Votum nicht zugehört hat: Die Swisscom legt die Leitung bis in die Strasse. Von der Strasse bis zum Haus ist der Eigentümer verantwortlich. Je nachdem, wenn du einen Vertrag mit der Swisscom hast, ist das darin geregelt. Und wenn es eine Etagenwohnung in einem Mehrfamilienhaus ist, dann bist du zuständig vom Keller bis in die Wohnung. Je nachdem, wenn du Glück hast und Swisscom-Kunde bist, zahlst du dafür nichts. Wenn du aber nicht Swisscom-Kunde bist, dann zahlst du diesen Anschluss. Es ist alles geregelt. Manche haben Verträge, andere haben sie nicht. Und der Hauseigentümer hat den Luxus, dass er ein eigenes Haus hat. Also wenn du ein Haus erstellen kannst, dann kannst du auch noch CHF 250 bezahlen für den einmaligen Anschluss bis ins Haus. Die Leitung liegt ja schon. Sie ziehen einfach das Kupferkabel heraus und legen das Glasfaserkabel hinein. Ich verstehe das Problem nicht, ganz ehrlich gesagt.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich glaube, es kann nicht die Aufgabe der Gemeinde sein, jemandem, der eine grössere Leistung will, diese zu bezahlen. Das ist immer noch die Aufgabe des Individuums oder des Gewerbetreibenden. Und ob ich jetzt in der FDP bin oder nicht, das ist so. Das ist die Selbstverantwortung. Wenn ich mehr Leistung will, dann zahle ich dafür. Oder soll die Gemeinde auch dem, der einen Ferrari möchte, die Differenz zum Cinquecento bezahlen? Ich glaube nicht. Darum: Nichtentgegennahme.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

://:

Die Überweisung des Postulats betr. Strategie Glasfaser-Erschliessung Allschwil, Geschäft 4403, wird mit 8 Ja zu 24 Nein bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Markus Gruber, Präsident: Wir machen Pause bis 20.00 Uhr.

PAUSE

FRAGESTUNDE

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Wenn es keine schriftlichen Fragen gibt, fange ich eben an. Mich hat heute Morgen eine nette ältere Dame angesprochen, ob ich eine Antwort habe. Ich muss da selten nein sagen. Es geht um Folgendes: Steinbühlweg, Fahrbahn Richtung Kreisel Ziegelei oder Dürrenmattweg, oder Bettenstrasse auf Baslerstrasse, oder Dürrenmattweg auf Baslerstrasse. Als Langsamverkehrsteilnehmer, sei es Rollator oder Velo, hat man immer einen kleinen Absatz von fünf Zentimetern. Von der Strasse her ist er abgeschrägt. Von den Seitenstrassen her fährt man über den Rand hinauf. Und die Frage, die ich nicht beantworten konnte, war: Wird diese Seite irgendwann auch einmal abgeschrägt? Für Velofahrer, vor allem solche mit Kinderanhängern hintendran, ist es ein rechtes *Höpperli*. Wie sieht das der Gemeinderat? Ist geplant, dass einmal zu machen? Wie zur Baslerstrasse hin, dort ist es schön schräg, aber hinten haben wir ein *Höpperli*.

Franz Vogt, Gemeinderat: Eine Rückfrage: Du meinst aber schon von der neuen Baslerstrasse her?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ja.

Franz Vogt, Gemeinderat: Meines Wissens ist nicht geplant, dort anzuschrägen. Soviel ich weiss, will man, dass diese Trottoirüberfahrt bemerkbar bleibt. Denn sie regelt ja den Vortritt. Und man muss merken, dass man über ein Trottoir fährt. Wenn man es eben mache, sei das nicht mehr gewährleistet.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich meine nicht, dass man es eben machen soll, sondern abgeschrägt. Vorne zur Baslerstrasse hin ist es das ja. Ich mache es gleich wie vorhin Henry. Ich lade euch alle einmal ein, mit dem Velo dort drüberzufahren. Du gehst zu Fuss, ich gehe mit dem Velo.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich nehme die Frage gerne mit und stelle sie den Herren vom Tiefbauamt, wenn das für dich OK ist.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Noch eine zweite Frage, die mir auch heute zugespielt wurde von einer netten älteren Dame, ich bleibe dabei. Es geht um Abfuhr-Koordination. Morgen ist am gleichen Tag Kehricht, sprich die grauen Säcke, Bio und Altpapier. Bei gewissen Liegenschaften hat man fast nicht Platz, alles so hinzustellen, dass es für die, die es abholen müssen, günstig ist. Kann man das nicht in Zukunft besser organisieren? Dass nicht an einem Tag die gesamte Palette von Abfuhrmaterial vor der Liegenschaft stehen muss?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich nehme die Frage gern entgegen. Es war mir nicht bewusst, dass dies so der Fall ist. Aber das ist natürlich denkbar ungünstig, wenn die Situation wirklich so ist. Ich leite es so weiter. Es wird sicher irgend einen Grund geben. Das entzieht sich meiner Kenntnis. Vielleicht hat es mit den Feiertagen zu tun. Aber es sollte tunlichst vermieden werden, da bin ich einer Meinung.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich habe eine Frage zum Lärmvorsorgeplan zum Flugverkehr. Es ist ja so, dass der französische Staat verlangt, dass alle vier Jahre ein neuer Lärmvorsorgeplan gemacht wird *zum Flugverkehr* – nicht *vom Flughafen*. Das ist ein wichtiger Unterschied. Jetzt war es wieder soweit, dass es einen Lärmvorsorgeplanentwurf gab, und man hätte auch auf Deutsch und aus der Schweiz heraus Stellung nehmen können. Ich hatte mich sehr dafür eingesetzt, dass möglichst viele Stellungnahmen eingingen, es waren 87. Letztes Mal waren es null. Eine der besten Stellungnahmen war von der Gemeinde Allschwil, finde ich, und im Rahmen des Gemeindeverbundes. Jetzt ist aber folgendes passiert: Die Behörde, die den Lärmvorsorgeplan erlassen muss, hat ihn gegenüber dem Entwurf verschlechtert, nicht verbessert. Zum Beispiel stand im Entwurf «fliegen bis 23 Uhr». Und im definitiven Plan steht jetzt «Ausnahmen sind erlaubt». Meine Frage ist: Was tut jetzt der Gemeinderat, nachdem das so scheps herausgekommen ist?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Das ist natürlich ein absolutes Ärgernis, was Ueli Keller da anspricht. Tatsächlich hatten wir ja mit viel Mühe zu dem PPPE Stellung genommen. Es war eine grosse Arbeit, die wir gemacht hatten. Es erstaunt mich aber nicht total, dass nach französischer Staatsauffassung und Demokratieverständnis der Präfekt sagte: Ja, das ist alles gut, das machen wir so, und dass er dabei nicht Änderungen zugunsten der Anrainerverbände und der Einsprecher berücksichtigte, sondern solche zugunsten des Flughafens. Es ist ärgerlich. Was tun wir jetzt mit dem Ganzen? Ich habe das bereits einmal mit Andreas Dill traktandiert, dass man schaut, was hier machbar ist. Ich habe mir in der letzten

Gemeinderatssitzung auch die Unterstützung dafür geholt, dass wir das einmal ausloten können. Der Gemeinderat als Gesamtgremium ist also darüber informiert. Allerdings habe ich das, was wir ausgelotet haben, noch nicht wieder in den Gemeinderat gebracht. Ich bitte darum um Verständnis dafür, dass ich den Einwohnerrat jetzt doch nicht über etwas informieren kann, wozu der Gemeinderat noch keine Meinung gefasst hat. Aber es steht auf der Liste. Es ist gemacht. Und es ärgert mich persönlich auch sehr, dass so nonchalant mit unserer Eingabe umgegangen wurde.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Eine Anschlussfrage: Vor allem die Grünen im Landrat haben ja die den Baselbieter Regierungsrat bezüglich Flugverkehr und Fluglärm auf Kurs gebracht, das kann man so sagen. Knacknuss auf Schweizer Seite ist aber jetzt Basel-Stadt. Meine Zusatzfrage: Was meint der Gemeinderat zu der Idee, dass man einmal eine Aussprache herbeiführt mit Regierungsrat Christoph Brutschin, der einfach nichts tut. Ich würde selber ein Gespräch mit ihm organisieren, aber es wäre natürlich toll, wenn der Gemeinderat mitmacht.

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich persönlich rede gerne mit dem. Kein Problem. Da gäbe es viel zu reden darüber, was man tun könnte. Aber wie ich eben schon sagte, muss das zuerst noch im Gesamtgemeinderat beraten werden. Vielleicht gehört ja eine Aussprache mit den Regierungsrat Basel-Stadt auch zu den Möglichkeiten, die für uns infrage kommen.

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Ich habe eine kleine Frage betreffend unsere tolle Allschwil-App. Wenn ich im App Store «Allschwil» eingebe, erhalte ich zwei Vorschläge, nämlich «Gemeinde-App Allschwil» und «Gemeinde Allschwil». Auf «Gemeinde Allschwil» sind auch irgendwelche Anbieter und verschiedene Sachen aufgeschaltet. Ist das die Beta-Version, oder was?

Franz Vogt, Gemeinderat: Man sagt mir gerade, dies sei ein anderer Anbieter, der schon vorhanden war. Das ist also offenbar nicht von uns.

Patrick Kneubühler, SVP-Fraktion: Mit unseren Riegelbauten und ... ja, es ist da alles drauf, von Restaurant La Vita bis Beauty & Gesundheit.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich kläre das ab und wir gehen dem selbstverständlich nach.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Nach der letzten Sitzung, wo wir heftig über Spielplätze diskutiert hatten, habe ich festgestellt, dass es Wirkung gezeigt hat. Man hat nämlich angefangen, den «Trämli-Spielplatz» am Dürrenmattweg aufzubessern. Es sieht gut aus. Es ist noch in Arbeit. Meine Frage: Kommen jetzt die anderen Plätze auch alle an die Reihe, oder handelt es sich hier um eine Massnahme, die schon viel, viel früher in der Pipeline gewesen war?

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist so, dass das schon vorher geplant gewesen war. Aber auch ich bin natürlich jetzt glücklich über diese Spielplatzerneuerung. Für die anderen werden wir, wie gesagt, erst nächstes Jahr das Konzept vorlegen.

Barbara Grange, SP-Fraktion: Vielen Dank fürs Wort, aber es hat sich eigentlich erledigt. Ich hätte ein kritisches Votum zur Gemeinde-App gehabt. Ich hatte mir die sofort begeistert heruntergeladen und dann gemerkt, dass sie ganz wenig Inhalte hat; aber jetzt weiss ich, dass ich die falsche App heruntergeladen hatte. Mit der echten Allschwil-App ist es natürlich ganz anders.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Die Tafel, wonach es einen schönen Wegmatten-Park gibt, steht ja schon drei oder vier Monate. Jetzt kommt dann der Sommer, es wird warm, und alle wollen in den Wegmatten-Park gehen. Da wollte ich einmal fragen, wann man da eigentlich mit dem Bau beginnen will. Das Geld habt ihr ja.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist so, dass der Gemeinderat jetzt die ersten Vergaben in Auftrag gegeben hat, sodass wir Ende Mai/Anfang Juni mit den Bauarbeiten beginnen können.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Anschlussfrage: Erachtet der Gemeinderat das für sinnvoll, jetzt, wo es warm wird und der Park genutzt wird, diesen umzubauen?

Robert Vogt, Gemeinderat: Ja, wir sind natürlich jetzt sehr daran interessiert, dass das rasch vorwärts geht, denn wir möchten den Park möglichst rasch der Bevölkerung zur Verfügung stellen. Darum wird jetzt gebaut.

Philippe Adam, CVP-Fraktion: Diese Woche stand ja ein 38-jähriger Sekundarschullehrer vor dem Strafgericht, der laut Medien auch in Allschwil gearbeitet hatte. Meine Frage: Gab es einschlägige Vorfälle auch in Allschwil, und weiss die Gemeinde sogar davon?

Thomas Pfaff, Gemeinderat: Wie Ihnen bekannt ist, ist die Sekundarstufe keine Gemeindeschule, und entsprechend wandern die Informationen nicht zu uns. Der Gemeinderat hat diesbezüglich keine Kenntnis. Wir hoffen sehr, nichts zu wissen, sei auch in diesem Sinn eine gute Nachricht. Denn wenn es schlechte Nachrichten gegeben hätte, gehen wir davon aus, dass wir davon Kenntnis bekommen hätten.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich hatte im Vorfeld der Fragestunde auch eine Frage eingegeben. Es geht um die Medienmitteilung des Gemeinderats vom 12. September 2018, die am Morgen vor einer Einwohnerratssitzung herauskam. Es geht um die wiederaufflammende Diskussion um Schadstoffaustritte aus der Deponie Roemisloch. Dazu hatte der Gemeinderat eine 17-seitige Medienmitteilung herausgegeben, in der fünf Forderungen aufgeführt wurden, die innert kurzer Frist hätten abgehandelt werden sollen. Meine Frage an den Gemeinderat: Wie steht es mit der Umsetzung dieser Forderungen?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat seit Oktober 2018 schon mehrmals bei der GIDRB nachgefragt. Wir haben sogar Leute der GIDRB zu einer Sitzung eingeladen; diese kam dann aber aufgrund von Erkrankungen nicht zustande. Wir haben dann einen neuen Termin gesucht. Dieser neue Termin ist uns bis heute noch nicht bestätigt worden. Wir schauten dann, dass gegen Ende des 1. Quartals 2019 eine Besprechung in Aussicht gestellt wird. Aktuell warten wir noch, weil sich die GIDRB schlicht nicht bei uns meldet, Wir fragen wieder nach. Wir haben es auf dem Radar. Der Auftrag ist, dass bis Ende dieser Woche erneut nachgefragt wird wegen einer gemeinsamen Sitzung, in der wir die Leute mit unseren Feststellungen konfrontieren wollen. Selbstverständlich wollen wir der Medienmitteilung Nachdruck verleihen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Kann ich also davon ausgehen, dass bis jetzt keine der fünf Forderungen, die ja brisant sind, umgesetzt wurde?

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Ich möchte das einmal so beantworten: Falls das gemacht worden sein sollte, so hat man mich jedenfalls nicht davon in Kenntnis gesetzt. Aber ich denke, diese Annahme ist nicht ganz falsch.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft.

Wir kommen zum dringlichen Postulat «Sicherheit Schulweg Neuallschwil» von Henry Vogt, SVP-Fraktion, Geschäft 4450. Ich übergebe das Wort an Gemeinderat Franz Vogt.

Franz Vogt, Gemeinderat: Wir ich schon ausgeführt hatte, hatten wir, offenbar zufällig, heute Morgen eine Sitzung der politischen Begleitkommission, in der Philippe Hofmann und ich vertreten sind sowie Adrian Landmesser und Jürgen Johner von der Gemeinde Allschwil, und in der wir periodisch vom Kanton informiert werden, wie der Stand des Projekts Baslerstrasse ist. Philippe Hofmann musste sich leider heute Morgen aus beruflichen Gründen entschuldigen; darum übernehme ich die Beantwortung, weil ich dabei war. Grundsätzlich ist dazu zu sagen, dass dies ein Projekt des Kantons ist und wir nach wie vor nur Transporteure der Anliegen des Einwohnerrats und der Bevölkerung sein können. Aber das wollen wir selbstverständlich tun, und es ist uns sehr wichtig, dass wir dort nicht einfach nur zuhören und mit dem Kopf nicken, sondern dass wir darauf schauen, dass man sich Mühe gibt. Es ist dazu zu sagen, dass man sich immer noch in Bauphase I befindet. Diese dauert noch bis am 19. Mai. Dann geht es über die Bauphase II. Zu dieser werde ich nachher noch etwas sagen. Es wird sich für alle Verkehrsteilnehmer, insbesondere für die Fussgänger, einiges ändern.

Die Anliegen, die der Postulant im vorliegenden Fall aufführt, sind offenbar aufgenommen worden. Offenbar hat man selber gemerkt, dass es Verbesserungspotenzial gibt. Man hat nämlich heute Morgen gesagt, dass seit heute drei zusätzliche Lotsen eingesetzt werden mit dem Hauptaugenmerk auf dem Schulweg. Es wurde auch ein neuer Flyer gemacht, der morgen verteilt wird. Ich habe ihn per Mail schon bekommen. Allerdings war er vorhin noch nicht beim Kanton aufgeschaltet. Er ist hoffentlich auch für Nicht-Bauleute besser lesbar als der alte. Dass jener nicht das Gelbe vom Ei war, hat man offenbar selber eingesehen. Wichtig ist natürlich, dass Eltern und Lehrer das Thema mit den Schülern besprechen und die Situation auch mit ihnen anschauen. Wir haben auch – zum Punkt «ein laminiertes Blatt reicht einfach nicht» – mit Nachdruck darauf hingewiesen, dass die Hinweise massiv angeschrieben werden müssen und auf einer Unterlage, die nicht beim kleinsten Windstoss unleserlich wird. Dazu wurde gesagt,

mit dem Pfeil-Zeichen habe man ein durchgängiges Logo verwenden wollen, damit die Kinder den Schulweg besser erkennen. Man hat jetzt eingesehen, dass das Logo, das auf dem Flyer abgebildet ist, nicht die beste Idee war. Neu werden nur noch zwei Schilder mit offiziellen Zeichen verwendet, sodass wirklich klar ist, dass hier der Weg für Fussgänger ist. Die Verantwortlichen vom Kanton streben auch an, mit den Betroffenen zu reden, natürlich möglichst bald, mit der Schulleitung, und man wäre auch offen für eine Elternvertretung, die man gern empfangen würde. Und ganz wichtig ist, dass man die Situation auch zusammen mit den Kindern anschaut, erstens indem man sie im Schulhaus instruiert, aber auch mit ihnen hinausgeht und ihnen vor Ort zeigt, was Sache ist.

In der Bauphase II wird dann das Trottoir von der Maiengasse bis zu Muesmattweg fertig sein, und die Fussgänger werden dann auf dieser Seite geführt. Es wird dann also so sein, dass auf der Gegenseite, also auf der Südseite, der Kirchen-Seite, keine Fussgänger passieren können. Dort wird das Trottoir auch gebraucht für die Fahrspur, die ja weiterhin und die ganze Zeit in Richtung Allschwil benutzbar ist. Es wird sicher eine merkliche Verbesserung geben, wenn die Fussgänger sich auf dem dann fertigen Trottoir bewegen können. Für den Schwimmunterricht ist ja schon von Anfang an dieses Ding ausgegeben worden. Das betrifft die Schüler, die von den anderen Schulhäusern ins Schulhaus Neuallschwil gehen. Für sie wurde die Losung ausgegeben, dass man beim Muesmattweg aussteigt, nicht bei der Kirche, und dann nach hinten zum Tagesheim geht, um das Schulgelände von der hinteren Seite her zu betreten. Es ist einfach zu sagen, dass eine Baustelle eine Baustelle bleibt und nie perfekt wird sein können. Man versucht natürlich, so gut wie möglich gefährliche Situationen zu verhindern. Auch die Führer der öffentlichen Verkehrsmittel werden in diesem Bereich sehr vorsichtig fahren und ihre Sinne schärfen. Es ist auch zu sagen, dass Schüler generell gern unterschätzt werden. Sie wissen eigentlich schon, was gefährlich ist und was nicht. Das entbindet aber natürlich niemanden davon, das Möglichste zu tun, damit es sicher bleibt. Was auch noch gesagt wurde: Jedes Fahrzeug, das sich in der Baustelle befindet, seien das Bagger, Trucks oder sonst etwas, einen zusätzlichen Lotsen hat, der sich zu Fuss neben dem Fahrzeug befindet und zusätzlich schaut, dass nichts passiert. Wichtig ist grundsätzlich, dass die Kinder nach Möglichkeit die Baustelle meiden und die Quartierstrassen benutzen, also nach Möglichkeit hinten herum gehen – das wird auch auf dem neuen Flyer etwas besser dargestellt –, dass vor allem Fussgängerstreifen benutzt werden und vor allem dass die Lichtsignalanlage vor der Musikschule benutzt wird. Wenn sie ausser Betrieb ist oder eventuell entfernt wird, werden selbstverständlich Lotsen dort sein.

Es bleibt zu sagen, Bauherr ist nach wie vor der Kanton. Aber ihr könnt sicher sein, dass wir immer ein wachsames Auge auf diese Baustelle haben werden.

Markus Gruber, Präsident: Besten Dank. Was ist nun der Antrag des Gemeinderats? Nichtentgegennahme?

Franz Vogt, Gemeinderat: Wie gesagt, es ist schwierig, das entgegenzunehmen, da es sich um ein Projekt des Kantons handelt. Ich weiss nicht, wie man sich das vorstellt, dass wir sagen sollen, wie es geht. Ich glaube, es ist richtiger, dass derjenige, der für das Bauwerk verantwortlich ist, auch für die Sicherheit Sorge trägt. Und von dem her meine ich nicht, dass es Sinn macht, das Postulat entgegenzunehmen. Aber ganz sicher wird man schauen, dass die wichtigen Parameter eingehalten sind und dieser Schulweg sicher bleibt.

Markus Gruber, Präsident: Ich verstehe das so, dass der Gemeinderat für Nichtentgegennahme ist, weil er davon ausgeht, dass sein Einfluss beschränkt ist und dass er bereits alles tut für die Sicherheit. Ich übergebe das Wort dem Postulanten.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Es ist jetzt sehr viel gesagt worden. Ich weiss gar nicht, wo ich anfangen soll. Aber die Hände des Gemeinderats sind ja jetzt gewaschen. Ich kann es ehrlich gesagt nicht mehr hören: «Wir werden vom Kanton informiert.» «Wir sind nur Transporteure.» «Es ist aufgenommen worden.» Es tut mir leid, ich wohne in dieser Gemeinde, und das bleibt unsere Gemeinde und nicht die Gemeinde des Kantons. Und wenn wir etwas zu machen haben, dann müssen wir es hier machen und es nicht einfach immer dem Kanton hinüberschieben. Drei Lotsen mit Hauptaugenmerk auf dem Verkehr. Das Männlein, das momentan da steht, ich kann es nicht anders sagen, winkt schnell bei der Musikschule ein paar Kinder hinüber, und dann wird er abkommandiert und muss in der Merkurstrasse ... *[Zwischenruf]* Ich war dort, ich habe es gesehen. Und übrigens wegen der Bauphase II, wo alles besser werden soll: Es ist halt schon komisch, dass in einem Mail des Tiefbauamts Baselland steht, in Phase II werde alles noch schlimmer. Denn die Ampel vor der Musikschule wird abgeschaltet. Da weiss ich nicht, wo die Verbesserung sein soll. Und wir reden vor allem von den Kindern, die von der Südseite her kommen, nicht von denen, die schon auf der anderen Seite herumstehen. Und wenn man das Bild anschaut: Dass man da irgendetwas machen sollte – deutlich kann man es nicht mehr zeigen. Was dringend unternommen werden muss, ist eben genau der Schulweg. Er muss konkret und sauber beschildert

werden, nicht mit einem laminierten Blatt, das mit ein paar Kabelbindern befestigt ist. Das reicht einfach heute nicht. Übrigens machen sich die Schüler einen Spass daraus, diese Schilder in alle Richtungen umzudrehen, weil sie einfach nicht fixiert sind. Wenn man den empfohlenen Weg der Bauphase anschaut, dann ist das ein absoluter Witz. Da kommt ja nicht einmal der, der es gezeichnet hat, draus. Und zum Glück wird es jetzt «leicht verbessert». Das heisst vielleicht, dass die Steine weggenommen werden oder sonst irgendetwas. Das ist auch keine Lösung. Das muss ganz klar und deutlich aufgezeichnet sein. Die Absperrungen gegenüber dem Tram – wenn das als Schulweg gekennzeichnet wird, muss es ganz klar vom Tram abgetrennt werden – nicht nur mit diesen *Pföstli*.

Und zur Kommunikation der Lage: Was ist bis jetzt gemacht worden? Die Lehrer haben den Schülern ein Blatt in den Schulsack hineingetan oder mitgegeben. Ich weiss nicht, ob alle Eltern das Blatt zu sehen bekommen. Die einen geben es ab, bei den anderen bleibt es im Schulsack. Das ist auch kein Weg, etwas breit und deutlich zu kommunizieren. Von mir aus gesehen ist ganz klar der einzig richtige Weg, den wir gehen können, die ganze Zerstreung zu bündeln und beim Gemeinderat zu konzentrieren. Es kann nicht sein, dass der Baustelleleiter oder das Tiefbauamt in Liestal der Ansprechpartner ist für unsere Anliegen der hiesigen Bevölkerung. Es muss unsere Gemeinde sein. Der Gemeinderat kann innerhalb seiner Kompetenzen die Situation sicher in kurzer Zeit entschärfen und Änderungen vornehmen. Darum ist mein Antrag gemäss § 44 Abs. 2b des Reglements. Darum lade ich den Gemeinderat ein, den Kompetenzbereich, den er hat, zu nutzen und entsprechend Verantwortung für diese Aufgabe zu übernehmen und dann schlussendlich auch etwas zu tun.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist eröffnet.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich denke, es wäre vielleicht eine Idee, dass die Gemeinderäte zusammensitzen und entscheiden, was sie hier ganz konkret haben wollen. Das kann von mir aus eine Färbung des Schulwegs für die Kinder sein, das kann vielleicht ein Pedibus sein, das kann ein ausgewiesener Mann oder eine Frau sein, der oder die den Schulweg weist und nicht auch noch für den Baggerfahrer zuständig ist oder für sonstige Arbeitende auf der Baustelle. Der Gemeinderat soll entscheiden, dem Kanton mitteilen, was er will; der Kanton soll es ausführen, und wenn der Kanton nicht will, soll der Gemeinderat das selber organisieren und dann dem Kanton in Rechnung stellen.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Lieber Gemeinderat Franz Vogt, ich habe dir jetzt zugehört und ich muss ein wenig grinsen, als du das mit den drei Lotsen mehr sagtest. Ich weiss nicht, wo sie diese Leute hernehmen beim Kanton, wirklich nicht. Ob ich nun mit dem Velo dort vorbeifahre oder mit dem Auto – die winken kreuz und quer. Da hast du keine Ahnung, was sie überhaupt wollen. Und wenn dann noch Kinder kommen, das muss ich jetzt wirklich sagen, dann sind sie völlig überfordert. Dann winken sie den Kindern, merken, dass das Tram kommt, dann kommt noch ein Bagger... also die haben keine Ahnung, wirklich keine Ahnung. Und dann muss ich noch etwas sagen wegen den Lehrern und der Schulleitung. Denen möchte ich gerne ein Kränzlein winden. Die Lehrer und die Schulleitung reden sehr viel mit den Schülern. Sie haben sich die Baustelle auch angeschaut. Es ist also nicht so, dass sie nichts tun oder nur den Kindern den Zettel mitgeben.

Zur Situation an der Merkurstrasse (am Muesmattweg hat es keine Haltestelle, ich nehme an, du meinst die Merkurstrasse): Wenn die Kinder, vom Dorf her kommend an der Merkurstrasse aussteigen und dann ringsum laufen müssen, dann kommen sie vielleicht noch 20 Minuten lang zum Schwimmen, mehr nicht; denn die Stunde geht so schnell vorbei, und die Kinder müssen dort einen langen Umweg nehmen. Ich finde auch, man muss das anschauen, und finde auch, dass ihr als Gemeinde euch mehr wehren müsst gegen den Kanton. Es kann nicht sein, dass der Kanton sagt, so machen wir das, und nach mir die Sintflut. Ich finde, ihr Gemeinderäte sollt euch wehren für uns Allschwiler und für unsere Kinder.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich möchte zuerst noch einmal schnell einen Rückblick machen auf die letzte Fragestunde. Franz, du hattest dich dort eingesetzt und hast ein Mail geschrieben; dieses habe ich auch bekommen. Ich hatte dann auch eine Antwort aus Liestal bekommen, nicht gerade zufriedenstellend; darauf nahm ich das Telefon in die Finger und läutete dort an: Das sei «halb so wild bei euch in Allschwil», «das funktioniert einwandfrei». Darauf sagte ich: «Nein, es funktioniert nicht. Wir werden nicht informiert. Da werden einfach Strassenzüge zugemacht und es gibt keine Umleitung.» Darauf die Antwort: «Das kann sein, aber das ist ja nicht so schlimm.» Sorry, nein, das gibt es doch nicht. Man merkt, sie wollen nicht. Da gibt es wirklich nur noch eines: § 44 Abs. 2, selber in die Hände nehmen. Also ich habe es ja gesehen an deinem Mail, du hast dich eingesetzt, aber es hat nichts genützt. Es ist so, sie wimmeln ab. Sie wollen anscheinend nicht. Allschwil ist zu weit weg von Liestal; das ist das Einzige, was man aus dem Mailverkehr und diesen Telefonaten schliessen kann. Die einzigen, die es verstanden haben, das muss ich sagen, und die eine Umleitung machen können – und vielleicht kaufen

wir das beim orangen Riesen ein, dann machen sie vielleicht für alle ein sauberes Konzept; denn die haben es verstanden, der orange Riese. Die haben ein sauberes Ding gemacht. Nur der Kanton kriegt es nicht hin. Dabei haben die Ingenieure und ich weiss nicht wen alles in ihren Büros. Dafür dürfte man auch etwas machen und nicht immer nur sagen, es ist genug und es reicht, und es ist überhaupt nicht nötig.

Und das andere: Zu sagen, dass jedes Fahrzeug eine Begleitperson nebendran hat – Niggi Morat könnte es vielleicht auch bestätigen, wir arbeiten beide am gleichen Ort, wenn wir auf dieser Linie sind – also so stimmt es definitiv nicht. Und es ist nicht optimal geregelt, das ist so. Ein Lotse mehr oder weniger bringt nichts. Es muss fixierte klare Linien und Schulwege geben, die fest sind und nicht lose. Denn wenn du jetzt auf die linke Seite hinüber möchtest, wo du glaubtest zurücklaufen zu können, dann hast du 1.40 Meter Loch vorn. Ich weiss nicht, wie man die Kinder momentan dort hindurchlassen will. Es ist so. Du sagtest: Zurücklaufen auf der linken Seite. Da hat es 1.40 Meter Loch. Man kann sie dort nicht hindurchlassen. Es geht gar nicht. Ich weiss nicht, wie wildfremd die dort unten sind, es tut mir leid, es ist haarsträubend. Zumal es ja nicht die erste Bauetappe ist. Man hat letztes Jahr schon, bei der letzten Bauetappe, dem Gemeinderat gesagt, bitte schaut danach. Und du hast dich wahrscheinlich eingesetzt, das unterstelle ich – aber in Liestal denkt man: Allschwil, das ist 16 Minuten von uns weg, bis die bei uns oben sind, haben wir die Büros geschlossen, dann kommt niemand mehr herein. So ein Gefühl habe ich, es tut mir ehrlich gesagt leid. Sorry. Denn man hat nichts gelernt auf die zweite Bauetappe hin. Und ich denke, man wird auch auf die letzte Bauetappe hin nichts lernen. Wahrscheinlich reisst man alles miteinander auf und sagt, lauft da durch und fahrt mit euren Fahrzeugen da durch. Es ist nicht erklärlich, dass man von der ersten zur zweiten Bauetappe nichts dazugelernt hat, eher im Gegenteil. Man hat das Ganze noch einmal verschlechtert. Und das darf einfach nicht sein. Und da bin ich der Meinung, da müssen wir eben selber anfangen zu reagieren. Da muss der Gemeinderat selber etwas machen. Für das haben wir diesen Paragraphen, den man jetzt umsetzen dürfte. Es ist leider so, dann müssen wir es eben so machen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Wen man diese Diskussion verfolgt, könnte man meinen, dass die Habsburger in Liestal hocken. Ich möchte auf mehrere Punkte eingehen. Zunächst zum Antrag. Der Antrag gibt den Handlungsspielraum wieder, resp. die Aufgabenstellung. Dieser ist hier nicht einmal ausformuliert. Es ist davon die Rede, dass Verantwortung übernommen werden soll. Aus dem Antrag kann man nicht entnehmen, was der Gemeinderat tun soll. Diesen Antrag müsste man ein wenig verifizieren. Zweitens eine Frage an den Antragsteller Henry Vogt: In der Begründung lese ich da von Schülern, Bauarbeitern, Autofahrern. Ist das ein rein männliches Problem, geht die Sinnesüberflutung nur Männer an, oder geht es auch weibliche Personen an. Oder handelt es sich vielleicht um eine nicht mehr adäquate Formulierung, die man heute im Politbetrieb nicht mehr so benutzt. Drittens geht Herr Vogt davon aus, dass der Gemeinderat einen Handlungsspielraum und eine Kompetenz hat. Aber wir wissen, es handelt sich um eine Kantonsstrasse und um ein Kantonsprojekt. Der Handlungsspielraum ist sehr klein. Der Gemeinderat kann in Verbindung mit Liestal das anschauen. Jetzt wurde hier die ganze Zeit gegen den Kanton geschlagen. Man soll, wie Simon vorhin sagte, die Sache doch selber in die Hand nehmen. Ja eben, was heisst «selber in die Hand nehmen»? Das heisst nicht, das wir hier drin *ummelaafere* und sagen, Liestal ist schlecht und uns gegenseitig Sachen an den Kopf werfen, die nicht stimmen. Sondern selber in die Hand nehmen heisst, man nimmt vielleicht einmal das Telefon in die Hand. Darum frage ich dich, Henry: Ich bin heute mit drei Klicks auf die Projektseite des Kantons gekommen. Wenn man das anklickt, hat man direkte Information, Telefonnummer, Handynummer des Projektleiters. Ich habe dem Projektleiter um fünf vor 12 Uhr angeläutet. Er hat nicht abgenommen und ich sagte mir, gut, es ist halt schon Mittag. Um halb 1 Uhr hat er abgenommen, Rückruf, Grüezi, Sie wollen mich erreichen? Ich habe ihm gesagt, dass wir in Allschwil ein dringliches Postulat hängig haben, ob ihm das Problem bewusst sei. – Ja, sagte, er, man sei mit Herrn Landmesser von der Gemeinde in Kontakt, man habe Massnahmen beschlossen. Es war ein ganz tolles Gespräch, sehr offenerherzig. Ich fragte dann, ob schon im Vorfeld diese Anliegen hereingekommen seien. – Ja, vonseiten Schulleitung, von Lehrern und von Eltern habe man schon Anrufe bekommen. Man sei daran, man mache etwas. Also von irgendeiner Vogterei oder dergleichen kann ich da einfach nichts feststellen. Darum Frage an dich: Hast du die Sache einmal selber in die Hand genommen, hast du dich einmal beim Kanton gemeldet? Bevor du hier dreinschiesst? Drittens: Ich finde es eine schlechte Sache. Mit einem Postulat kann man schon den Gemeinderat einladen, etwas zu tun. Wir wissen, seine Kompetenz ist aber sehr beschränkt. Heisst, wir haben einen Bericht innerhalb eines Jahres, was er gemacht hat. Das finde ich nicht so zielführend. Zielführender wäre in dieser Hinsicht eine Resolution. Der Vorteil einer Resolution: Der Einwohnerrat stellt fest, es liegt an der Baslerstrasse eine prekäre Situation vor, und der Einwohnerrat kann seine Meinung direkt der Person oder der Behörde zustellen, die es angeht. Heisst, man kann direkt dem Regierungsrat oder direkt dem Projektleiter das Anliegen des Einwohnerrats – nicht via Gemeinderat, sondern selber in die Hand genommen – unterbreiten. Wir haben das auch schon einmal gemacht beim Fluglärm. Wir haben Forderungen aufgestellt, und wir haben sogar vom Regierungsrat Antwort bekommen, die wir nicht einmal verlangt hatten. Wir erhielten einen riesen Bericht. Also wenn es

darum geht, Dinge selber in die Hand zu nehmen, dann nehmen wir sie dich bitte selber in die Hand. Für mich hat das ein wenig einen populistischen Geschmack hier drin. Wir haben direkte Kommunikationswege, und ich glaube, auch Liestal würde das zusammen mit uns anschauen und eine gemeinsame Begehung machen. Nehmen wir doch zuerst den direkten Weg. Das Problem ist, ein Postulat kann man nicht in eine Resolution umwandeln. Aber der Gemeinderat hat die Message bekommen. Ich plädiere dafür, dass ihr das Postulat zurücknehmt und wir zusammen eine Resolution schreiben. Wir können das. Sie muss am Vortag bis 14 Uhr beim Büro eingereicht sein. Am nächsten Tag, wenn wir sie mit einem 2/3-Mehr überwiesen haben, geht es direkt via Briefpost zur entsprechenden Stelle, an die es adressiert ist, und dann wissen sie, der Einwohnerrat Allschwil ist unzufrieden. Wir, der Einwohnerrat, haben selber etwas gemacht. Und wir bekommen auch, wenn wir das verlangen, einen Bericht. Dann haben auch wir unsere Verantwortung wahrgenommen und sie nicht auf den Gemeinderat abgeschoben.

Franz Vogt, Gemeinderat: Jetzt hat es natürlich eine längere Liste gegeben. Ich weiss nicht, ob ich das vorhin verständlich machen konnte: Ab heute sind drei zusätzlich Lotsen tätig. Mit den Lotsen, die da waren, hatten wir in der Vergangenheit tatsächlich ein wenig ein Problem. Sie haben zum Teil selbständig die Baslerstrasse gesperrt, was in keinem Konzept vorher aufgetaucht war und den Verkehr hinten herum lenkte. Da ist Adrian Landmesser dankenswerterweise auf die Hinterbeine gestanden, und man hat die Firma Kroo Security, die vom Kanton angestellt ist, herbeizitiert. Herr Kroo selber musste kommen und hat dann Besserung gelobt. Ich hoffe, es habe auch ein bisschen genützt. Es hat sicher genützt. Ob es noch weiter verbesserungswürdig ist, das kann ich nicht wirklich sagen.

Ich fange beim Votum Etienne Winter an. Ich denke auch, eine Resolution wäre das geeignetere Mittel als ein Postulat. Man darf nicht vergessen, der Kanton hat die Hoheit über die Baslerstrasse. Ich bin weder Jurist noch irgend sonst etwas, aber ich kann mir schwer vorstellen, dass wir dem Kanton auf seinem Hoheitsgebiet, das die Baslerstrasse nun einmal ist, so viel vorschreiben können. Klar, man es darauf ankommen lassen. Aber ich meine, es ist nicht weiterführend. Und man muss auch sehen: Grundsätzlich wird das Gesetz dem Kanton das Recht zugestehen, die Strasse komplett zu sperren. Das tun sie zum Glück nicht, zum Glück für Allschwil. Und ich persönlich kann wirklich den Willen spüren, dass man die Bevölkerung ernst nimmt, dass man auf Anliegen eingeht. Natürlich hat Simon Zimmermann nicht ganz unrecht. Ich würde zwar nicht so weit gehen wie er und sagen, sie hätten nichts dazugelernt. Aber natürlich fände ich es manchmal auch toll, man hätte mehr dazugelernt. Ich weiss auch nicht, ob ich da richtig verstanden worden bin bezüglich «laufen auf der linken Seite». Im Moment muss man ja auf der Seite der Kirche laufen in der Bauphase 1 der Bauetappe 2. Letztes Jahr hatten wir die Etappe 1. Jetzt haben wir Phase 1 der Etappe 2, und diese dauert bis 19. Mai. Am 20. Mai fängt die sogenannte Intensivphase an, und dann dreht man das Regime, sodass die Fussgänger dann von der Kirchenseite auf die «Spitex-Seite», um es einmal so zu nennen, geführt werden. Ich kann das nicht aus dem Stegreif beurteilen; man hat uns das heute Morgen so gesagt. Jedes Fahrzeug habe einen Lotsen. Ich kann das natürlich nicht verifizieren.

Dann zu Pascale Uccella: Sicher ist es wichtig, dass man möglichst alles macht für die Kinder. Dass es von der Haltestelle Merkurstrasse aus so ein grosser Umweg ist im Vergleich zur Haltestelle Kirche, würde ich nicht meinen. Wenn man von der Merkurstrassen-Haltestelle hinten herum läuft, beim Tagesheim, mögen das 100 Meter mehr sein im Maximum, und das braucht zwei, drei Minuten mehr. Aber für die Sicherheit ist das, denke ich, richtig, dass man es so macht.

Zum Vorschlag von Julia Gosteli mit der Färbung des Wegs: Das Problem ist natürlich, dass das immer wieder wechselt. Und das ist auch das Problem bei den Abschränkungen. Wenn man sie fester macht, sind sie auch starrer und können nicht kurzfristig einer anderen Situation angepasst werden. Aber wir geben das sicher weiter, dann die Abschränkungen vielleicht ein wenig stabiler macht. Die *Töggeli* am Boden haben natürlich den Vorteil, dass es ein wenig flexibler ist. – Und was ich noch nachtragen muss zu den drei zusätzlichen Lotsen, die seit heute im Einsatz sind: Man hat uns wirklich versichert, dass diese für die Kinder zuständig und nicht auch noch für Bagger oder sonst irgendetwas.

Im Übrigen: Klar, es ist noch keine Baustelle vom Himmel gefallen. Baustellen führen zu Umtrieben und Einbussen an Komfort. Das mit der Beschriftung haben wir den Leuten heute Morgen mit auf den Weg gegeben. Das war ein Punkt, der schon in dem Mail angesprochen worden war. Es ist seither nicht wirklich toll verbessert worden, und wir haben jetzt nochmals deutsch mit denen geredet, und Adrian redet dann Berndeutsch mit ihnen, und ich kann versichern, dass das nicht schlechter verständlich ist als unser Baselbieterdeutsch. Und natürlich ist es sicher nicht die Idee, dass man das Info-Blatt einfach nur in den Schulsack steckt. Es ist wichtig, die Kinder darauf hinzuweisen. Und selbstverständlich sind wir bestrebt, das den Kindern so gut wie möglich rüberzubringen. Und einen Schulweg zu markieren wird auch nicht zielführend sein, weil die Kinder ja von überallher kommen. Da hätte man quasi ein

Spinnennetz von Schulwegen am Boden. Aber sicher wichtig ist, dass sie möglichst hintenherum gehen, und dass man sie ermahnt, die Bauabschränkungen zu respektieren und sie niemals zu überqueren. Und ein wichtiger Punkt: Es ist sehr wichtig, dass sich auch die Erwachsenen an die Sachen halten und zum Beispiel über die Fussgängerstreifen gehen. Meine Beobachtung ist, dass es die Kinder meistens besser machen als die Erwachsenen.

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich will mich kurz fassen. Ich hatte mir beim Schreiben tatsächlich Gedanken gemacht, als was ich den Vorstoss eingeben soll. Die Resolution finde ich einfach den falschen Weg. Denn einem Amt etwas direkt zuzustellen, was sie schon wissen, ist von mir aus gesehen falsch. Ich habe diesen Weg gewählt, weil ich den Gemeinderat direkt involvieren will. Den Schulweg anzeichnen, Schilder aufhängen – das kann der Gemeinderat machen. Es sind nicht alle Strassen Baslerstrasse. Die meisten Wege gehen hinten herum. Die könnte man sauber signalisieren. Oder einen Plan machen, einen Flyer machen, einen Brief schreiben, Eltern informieren, das muss man nicht dem Kanton überlassen, das kann man auch von der Gemeinde aus veranlassen und selber machen. Darum geht es schlussendlich. Und eigentlich, wenn man das Problem schon sieht und Gemeinderat Franz Vogt schon dort gewesen ist und gesehen hat, dass es teilweise doch nicht recht vorwärts geht, dann sollte man doch so weit kommen zu sagen, jetzt nehmen wir das selber in die Hand und kümmern uns darum und schauen, dass unsere Schüler dort, auch mit unserer Hilfe, sicher in die Schule kommen.

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Am 21.09.2017 habe ich hier drin eine Motion eingebracht wegen Tempo 30-Zonen in der Umgebung der Schulhäuser. Sie wurde abgelehnt. Dort hatte ich laut Protokoll gesagt: «Der Umbau der Baslerstrasse wird ab dem Jahr 2018 stattfinden.» Wir sind jetzt im 2019 und sind mittendrin, und ich muss euch sagen, wir reden immer nur von der Baslerstrasse. Gemeinderat Franz Vogt hat gesagt, die Kinder sollen alle hinten herum gehen. Aber mittlerweile haben wir hinten herum Rennstrecken. Weil nämlich nicht alle auf der Baslerstrasse fahren wollen mit diesen tollen Lotsen. Sie fahren über den Baselmattweg, Muesmattweg, wieder Baselmattweg, und sie fahren nicht langsam. Ich habe es damals schon gesagt, ich hoffe einfach und wäre froh, wenn man dort ein Auge drauf haben würde. Ich möchte einfach nicht, dass noch etwas passiert und wir dann sagen müssen, wir haben nichts getan.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich finde immer noch das Postulat den falschen Weg. Wieso Kompetenz delegieren, wenn man sie selber hat? Der Gemeinderat hat genau gleich viel Kompetenz wie wir, der Gemeinderat hat das alles schon mitbekommen. Die Schulleitung hat das alles schon aufgenommen, auch die können handeln. Und man soll ein wenig die Fluchtiefe behalten. Es geht nicht um eine Quartierstrasse. Es geht ganz allein um die Querung der Baslerstrasse. Nur um die Querung. Das ist das, was Probleme macht. Nicht noch das Weiterlegen der Spur über die Pappelstrasse oder so. Sondern die Querung ist das Hindernis. Und für die Querung dieser Strasse hat der Kanton die Oberaufsicht. Natürlich kann der Gemeinderat noch weiterhelfen, und das soll er auch tun. Aber ich finde, eine Resolution wäre der bessere Weg. Die ist deponiert. Alles andere ist ergänzend. Daher würde ich trotzdem Henry Vogt beliebt machen, den Vorstoss zurückzuziehen. Und ich bin gern bereit, und ich glaube alle hier drin, die Resolution auszuarbeiten. Eine Resolution würde in der Mai-Sitzung sofort behandelt, vor der Traktandenliste, und wenn wir sie einstimmig abschicken mit der Forderung einer Rücksprache oder vielleicht sogar einer gemeinsamen Begehung, dann könnte wir alles vor Ort zusammen mit der Bauleitung anschauen. Ich finde das persönlich besser als ein Delegieren über den Gemeinderat. Das ist Eigenverantwortung.

Julia Gosteli, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich finde, wir müssen einmal ein Ende finden. Es muss aber etwas passieren. Nicht dass im Mai eine Resolution kommt und unterdessen ist schon jemand halb unter ein Auto gekommen. Das wollen wir ja nicht. Im Übrigen ist die Pappelstrasse eine totale Rennstrecke geworden. Dann hat einmal mein Nachbar sein Auto in die Pappelstrasse hineingestellt, damit nicht mehr hindurchgerast wird, dann erhielt er eine Busse über 40 Franken. Das ist auch eine Möglichkeit. Was ich aber unbedingt noch mitteilen möchte, ist: Hat man diese Firma Kroo einmal überprüft? Jeden Morgen überquere ich mit dem Velo, und zwar Richtung Merkurstrasse. Da hingen sie schon am Handy, sie reden miteinander, hinten kommt ein Tram, jemand will abbiegen, es hat Bauarbeiter... Ich möchte wissen, ist diese Firma Kroo überhaupt fähig, so eine komplexe Verkehrssituation zu lotsen? Ich kenne Verkehrslotsen, das sind junge Menschen, die stehen hin, haben einen Tonus, die wissen, wie man einen Arm ausstreckt und Zeichen gibt. Das habe dort noch nie gesehen. Wirklich noch nie. Jeden Morgen komme ich dort vorbei. Das wäre vielleicht auch noch eine Möglichkeit des Gemeinderats, diese Firma Kroo überprüfen zu lassen. Haben die wirklich eine adäquate Ausbildung? Und wenn das nicht so ist, dann muss die Kantonspolizei hinstehen mit ausgebildetem Personal, das unsere Kinder schützt. Das wäre mein Vorschlag.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Etienne, herzlichen Dank für dein Votum. Ich habe da sackstark gefunden und kann es zu 100 Prozent unterstützen. Ich möchte nur nochmals unterstreichen: Eigenverantwortung. Das hast du super gemacht, super gesagt, dass du angerufen hast. Wenn man an den Veranstaltungen war zur 1. Etappe, die für die Bevölkerung von Allschwil durchgeführt wurden: Dort hat nicht irgendeiner vom Kanton, von Liestal, vom hohen Ross herunter etwas erzählt. Sondern man sagte, man wolle den Dialog. Man sagte, wohin man sich wenden kann, wo Ansprechpersonen sind, und diese waren anwesend, man konnte sie sehen und weiss, wie sie aussehen. Eigenverantwortung. Das ist das Wort. Und ich finde, eine Resolution überschießt im Moment, denn man sollte zuerst versuchen, die Probleme vor Ort zu lösen. Und wenn man es mit den Leuten vor Ort nicht lösen kann, dann kann man den nächsten Schritt tun. Darum wird die FDP-Fraktion für Nichtüberweisen stimmen.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Also von wegen Eigeninitiative – Franz, das haben wir genug gemacht, du kannst nicht sagen, wir hätten nichts gemacht. Eben. Also die Eigeninitiative ist gelaufen. Ich habe das Telefon auch in die Finger genommen. Aber die Antwort war nicht wirklich befriedigend, um es einmal so zu sagen. Das andere ist: diese Firma Kroo. Wie es heute eben in und üblich ist und gemacht werden muss: Der Auftrag wird ausgeschrieben – und der Billigste bekommt ihn. Damit ist glaube ich schon alles beantwortet. Der billigste Anbieter bekommt es. Und das ist das Ergebnis.

Franz Vogt, Gemeinderat: Ich möchte nur sagen, dass wir die Hinweise betreffend die Firma Kroo sicher mitnehmen. Wie gesagt hatten wir diese schon einmal zitiert auf Initiative von Adrian Landmesser. Ich gehe einmal davon aus, dass sie irgendwelche Zertifikate für die Ausführung solcher Aufgaben hat. Sie hat die Ausschreibung beim Kanton gewonnen. Wie diese aussieht... sicher wird der Preis ein Thema gewesen sein. Wenn das gewünscht wird, könnten wir es sicher organisieren, das vor der nächsten Einwohnerratssitzung, oder zu deren Beginn, eine kurze Begehung gemacht wird. Es wird dann im Juni auch wieder einen Tag der offenen Baustelle geben. Es könnte aber sein, dass dieser kollidiert mit dem Einwohnerratsanlass. Ich kann nur so viel sagen: Die Bevölkerung ist dem Kanton wichtig, auch die Anwohner. Man probiert wirklich, mit ihnen zu arbeiten. Es gelingt nicht immer, das schleckt keine Geiss weg. Aber ich persönlich spüre den Willen der Leute, und wir stossen auf jeden Fall nach, so viel kann ich euch versprechen.

Alfred Rellstab, SVP-Fraktion: Ich überlege gerade, wie ich am einfachsten anfangen, damit es nicht überheblich tönt. Anscheinend haben wir hier drin sehr wenige Baufachleute, Ich habe x Jahre, bevor ich in den Hochbau ging, im Tiefbau gearbeitet und habe auch solche Bauleitung gemacht wie eine Baslerstrasse; ich habe unter anderem eine Autobahn gemacht. Das Problem ist einfach immer so: Wenn ein Unfall passiert, dann kostet es zuallererst den für diese Etappe zuständigen Bauleiter den Kopf. Der fliegt. Also hat dieser Bauleiter am meisten Interesse, dass nichts passiert, und dass man die Sicherheit absolut einhält. Damit das Ganze vielleicht ein bisschen schneller ginge, müsste vielleicht ein Gemeinderat mit diesem Bauleiter und vielleicht noch ein zweiter Gemeinderat, eventuell auch mit einem oder zwei Einwohnerräten, eine kurze Begehung machen, um die Problematik aufzuzeigen. Dann geht das relativ sehr, sehr schnell. Das kann man innerhalb von 72 Stunden durchziehen. Denn der zuständige Bauleiter hat null Interesse, wirklich null Interesse, denn er verliert unter Umständen seinen Job. Denn alle anderen oben dran, ob Tiefbauamt oder sonst wer, treten alle nach unten. Es ist immer der Abschnittsbauleiter, der seinen *Grind* hinhalten muss. Und der wird, wenn Druck kommt, zum Beispiel von einem Gemeinderat, Massnahmen umsetzen, und zwar sofort. Denn wenn ein Unfall passiert, dann geht das Affentheater erst richtig los, und dann werden Schuldige gesucht und nochmals Schuldige gesucht.

Ueli Keller, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich würde mich über einen Gemeinderat freuen, der sagt: Wir nehmen das entgegen, und wir schauen, dass etwas geschieht. Punkt.

Markus Gruber, Präsident: Der Gemeinderat will anscheinend nichts dazu sagen. Die Rednerliste ist erschöpft...

Franz Vogt, Gemeinderat: Ja selbstverständlich schauen wir. Aber ich würde nicht empfehlen, es entgegenzunehmen. Wie Etienne und Andreas sagten: Es ist der falsche Weg. Aber ihr könnt sicher sein, dass wir schauen.

Markus Gruber, Präsident: Die Diskussion ist beendet. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung.

://:

Die Überweisung des dringlichen Postulats «Sicherheit Schulweg Neuallschwil», Geschäft 4450, wird mit 9 Ja zu 19 Nein bei 5 Enthaltungen abgelehnt.

Markus Gruber, Präsident: Somit ist das Postulat nicht überwiesen. – Ich hatte vorhin das Info-Fenster des Gemeinderats vergessen. Ich übergebe noch kurz das Wort an Gemeinderat Philippe Hofmann.

INFO-FENSTER DES GEMEINDERATS

Philippe Hofmann, Gemeinderat: Als es vorhin um die Verkehrssicherheit ging, hat Simon Zimmermann einen SRF-Beitrag erwähnt. Das hat mich nicht ganz kalt gelassen. Ich bin der Sache nachgegangen und habe herausgefunden, um was es geht. Es war die Gemeinde Derendingen, die das gemacht hat. Und habe herausgefunden, dass der Gemeindepräsident, der das anscheinend verfügt hat, auch noch ein Parteikollege ist. Ich schrieb ihn an und sagt, lieber Kollege, es ist folgendermassen, ihr habt doch von Mitte Februar bis zu den Frühlingsferien eine Versuchsphase gemacht. Bitte berichte mir doch über eure Erfahrungen. Dann wollen wir hier auch schauen, was wir machen können. Was man nicht vergessen darf: Derendingen ist ein Dorf mit 4000 Einwohnern, etwas kleiner und überschaubarer als Allschwil. Es ist mir ein Anliegen, ob man etwas gegen Elterntaxis machen kann, ich nehme den Ball auf. Ihr hört wieder von mir.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Eine kleine Bemerkung zuhanden des Protokolls: Nach dieser langen Diskussion würden wir empfehlen, den Satzesatz von Ueli Keller einfach zu unterstreichen.

Markus Gruber, Präsident: Besten Dank für die Anregung.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 8

Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend Umsetzung Freiraumkonzept Allschwil – Bettenackerareal

Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4388

Markus Gruber, Präsident: Für den abwesenden Gemeinderat Christoph Morat hat Gemeinderat Robert Vogt die Geschäftsvertretung. Ich frage zuerst den Antragsteller an, ob er das Wort möchte.

Andreas Lavicka, SP-Fraktion: Ich freue mich, dass das Geschäft an die Reihe kommt, nachdem es jetzt sechsmal auf der Traktandenliste gestanden hatte. Vorletztes Mal hatten wir schon sehr viel gehört über das Freiraumkonzept im Zusammenhang mit unserem Vorstoss zum Thema Generationenspielplätze. Ich glaube, wir sind uns alle einig, dass das Freiraumkonzept ein sehr gutes Konzept ist. Darin steht aber auch, dass in diesem Quartier mit dem Wegfall des Bettenackerschulhauses ein klares Defizit besteht. Was mich ein wenig stört an dem Freiraumkonzept ist, verglichen mit dem REK: Bei letzterem hat man das Gefühl, da steht man dahinter und pocht auf eine Umsetzung. Das vermisse ich beim Freiraumkonzept ein wenig. Und da stellt sich für mich einfach die Frage: Steht der Gemeinderat hinter dem Freiraumkonzept und will er es umsetzen? Oder macht er das einfach nur, weil er es muss?

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat einen grossen Respekt vor diesem Postulat. Er ist aber der Meinung, dass man es gar nicht zu überweisen braucht. Der Grund ist folgender: Das Freiraumkonzept ist behördenverbindlich. Das bedeutet, bei allen Planungen, die wir machen, wenn wir etwa ein Areal umnutzen etc., sind wir als Gemeinderat verpflichtet, uns an die Regelungen des Freiraumkonzepts zu halten. Entsprechend ist es dem Postulat sogar übergeordnet. Das heisst, es ist sichergestellt, solange es noch gilt, dass wir das Freiraumkonzept umsetzen werden. Darum erübrigt sich das Postulat.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Genau, es ist behördenverbindlich, das wissen wir. Das wussten wir schon, als wir das Postulat einreichten. Was wir gerne möchten, ist, dass der Gemeinderat nicht einfach nur sagt, er muss es machen, sondern wir würden gern den Willen des Gemeinderats verspüren: Ja, wir

wissen, dass es dort ein Defizit hat, und ja, wir werden auch das so umsetzen, wie es geplant ist; wir wissen, es hat ein Defizit, und wir geben alles, damit dieses Defizit nach der Umgestaltung nicht mehr vorhanden ist. Wenn der Gemeinderat das jetzt sagen kann, ziehen wir das Postulat sofort zurück.

Robert Vogt, Gemeinderat: Es ist so, dass der Gemeinderat das gern bestätigt. Er ist sich des Defizits von Freiräumen auf dem Bettenacker-Areal bewusst, und er wird auch bei künftigen Planungen das auf jeden Fall berücksichtigen.

Etienne Winter, SP-Fraktion: In dem Fall ziehen die beiden Postulanten das Postulat zurück. Wir danken dem Gemeinderat für diese Antwort.

Markus Gruber, Präsident: Somit ist das Postulat Geschäft 4388 zurückgezogen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 9

Postulat von Andreas Lavicka und Etienne Winter, SP-Fraktion, vom 25.04.2018, betreffend Zwischennutzung Brache Bettenackerareal
Antrag des Gemeinderates: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt, Geschäft 4389

Markus Gruber, Präsident: Für den abwesenden Gemeinderat Christoph Morat hat Gemeinderat Robert Vogt die Geschäftsvertretung. Ich übergebe das Wort zuerst dem Antragsteller.

Andreas Lavicka, SP-Fraktion: In unserem Postulat sind die Wörter «Zwischennutzung» und «Nutzungskonzept» vielleicht ein wenig zu weit gefasst. Wir wollten nie irgendwelche baulichen Massnahmen. Uns ging es mehr darum, wie man eine Aufteilung des Areals erreicht, damit die Leute besser aneinander vorbeikommen, ähnlich wie man das bei der Wegmatten gemacht hat. Wir sehen einfach ein sehr grosses Konfliktpotenzial. Und da stellt sich die Frage, sieht das der Gemeinderat nicht auch?

Robert Vogt, Gemeinderat: Der Gemeinderat ist sich sehr wohl bewusst, dass dieses Areal natürlich von grosser Bedeutung ist. Und wie wir jetzt gesehen haben, ist ganz frisch auch die Beachvolleyball-Anlage in Betrieb genommen worden. Das heisst, eigentlich haben wir die Zwischennutzung schon gestartet. Der Gemeinderat möchte aber im Moment nicht weiter gehen, weil, wie Sie wissen, das Areal von den strategischen Überlegungen her zur Verfügung steht. Wir möchten dort nicht ein Konzept drüberlegen, bevor wir nicht erklären, ob wir es für die Schulraumstrategie brauchen oder nicht. Denn das würde, je nach Schulraumstrategie, dann ganz anders aussehen. Deswegen bitte ich darum, das Postulat nicht zu überweisen, damit wir diese Freiheiten behalten, bis die Schulraumstrategie bekanntgegeben wird.

Markus Gruber, Präsident: Die Diskussion ist eröffnet.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich möchte das kurz untermalen. Es geht um eine Zwischennutzung der Brache, oder einer Blumenwiese, wie wir korrekterweise sagen müssen. Es geht also nicht um bauliche Massnahmen. Wir wissen, im Wegmattenpark ist es so, dass man die schon vorher hatte. Man hat den Spielplatz, man hat die Hundewiese, und man hat den Sportplatz gehabt. Man hatte ringsherum in einem Perimeter von vielleicht 15 oder 20 Metern gar keine Personen. Jetzt sind wir mitten im Quartier. Häuser stehen drei Meter neben dieser Wiese. Und es wird dort so oder so zu Konflikten kommen. Denn die natürliche Unterteilung der Interessensgruppen, wie wir sie im Wegmattenpark haben, haben wir hier nicht. Uns geht es darum: Wir wollen keine baulichen Massnahmen, irgendetwas Exorbitantes oder dergleichen, sondern die Brache soll für die breite Öffentlichkeit zur Verfügung stehen können, und man hat die natürliche Unterteilung dort nicht. Unser Anliegen ist: Ist sich der Gemeinderat dessen bewusst und wie möchte er damit umgehen? Denn er wird damit konfrontiert werden, so oder so. Wir möchten es einfach frühzeitig zur Kenntnis genommen haben. Und da fragen wir uns: Meint der Gemeinderat, das braucht es nicht, weil er denkt, das Konfliktpotenzial gibt es nicht? Wir sagen, es gibt dieses Potenzial, und wenn es das gibt, wer ist dann die richtige Ansprechperson?

Henry Vogt, SVP-Fraktion: Ich sehe es ähnlich. So wie ich das im REK nachgelesen habe – es ist ja noch nichts beschlossen, der Horizont liegt zwischen 0 bis 10 Jahren – wird gemäss Immobilienstrategie 2016 vor dem Jahr 2021 dort nichts passieren. Jetzt ist dort das Volleyballfeld gebaut worden,

interessanterweise genau dort, wo es am meisten Reklamationen seitens eines Nachbarn gab, genau dort – Wahnsinn. Wieso kann man dort nicht einfach den Zaun wegnehmen? Und die Leute sollen dort hingehen und ihren Grill aufstellen dürfen und hinsitzen, und fertig?

Pascale Uccella, AVP-Fraktion: Ich finde es schwierig, Herr Vogt, jetzt über eine Schulraumplanung zu reden, denn das ist ein ganz anderes Thema. Wenn man es nämlich richtig anschaut, müsste man das Areal schon lang verkauft haben. Wegen den Blümlein möchte ich Etienne Winter gern sagen: Ich finde es schön, wenn es Blumen hat, denn für die Bienen ist das sehr, sehr gut, wenn wir einmal eine Wiese haben mit vielen verschiedenen Blumen.

Christian Kellermann, CVP-Fraktion: Wir finden auch, die Schule ist letztes Jahr zurückgebaut worden, jetzt haben wir dort rot-weisse Latten; es ist teilweise offen, teilweise abgesperrt, man weiss nicht so recht, darf man das Areal betreten oder darf man nicht. Eigentlich wäre es richtig, dass man Zutritt gewährt. Ich gebe Pascale recht, dass man dort einerseits ein Stück Platz lassen soll, also man soll nicht alles regelmässig mähen, sondern man könnte eine Mischnutzung machen. Ein Teilbereich soll regelmässig gemäht werden, damit man ihn nutzen kann, und der Rest soll als Natur wachsen können. Wir würden es unterstützen, wenn sofort eine Nutzung stattfinden könnte. Es braucht natürlich eine gewisse Pflege, die regelmässig stattfinden muss. Das kostet ein wenig, aber ich denke, es hätten viele Einwohner Freude daran und würden es nutzen.

Markus Gruber, Präsident: Die Rednerliste ist erschöpft. Wir kommen zur Abstimmung über die Überweisung des Postulats.

://:

Das Postulat betreffend Zwischennutzung Brache Bettenacker-Areal, Geschäft 4389, wird mit 24 Ja zu 8 Nein überwiesen.

Markus Gruber, Präsident: Somit ist das Postulat überwiesen. – Wir sind bis Traktandum 9 gekommen, wie geplant. Es ist halb 10 Uhr. Somit schliesse ich die Sitzung für heute und wünsche allen einen schönen Abend.

ENDE DER SITZUNG 21.25 UHR